

gespart. Wir stehen dazu und halten das auch im Interesse unserer Kinder für richtig.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Wo denn? – Ewald Groth [GRÜNE]: Sie sparen sämtliche Bereiche kaputt! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Schauen Sie sich einmal Ihre alten Programme an. Stichwort Verfassungsgerichtshof: Liebe Frau Kollegin Walsken, Sie sollten nicht verschweigen, dass uns der Verfassungsgerichtshof gerade beschäftigt hat, dass wesentliche Ausgaben nachgeholt werden mussten, das Eigenkapital des BLB wieder aufgestockt werden musste, weil Sie das in den Jahren zuvor ausgezehrt haben.

(Beifall von der CDU)

Und jetzt wollen Sie Ihre Haushaltsanträge mit einer dicken Entnahme aus dem BLB decken. Dies passt doch alles nicht zusammen. Das ist die Konzeptionslosigkeit hier.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Nun hat der Kollege Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Frau Präsidentin! Dass wir in diesem Jahr mehr Steuereinnahmen haben, ist doch nicht Ihr Verdienst. Ich bin wirklich sehr gespannt darauf, wenn sich die Konjunktur nicht so weiterentwickeln sollte – es gibt ja erste Anzeichen dafür –, wie das im nächsten und übernächsten Jahr aussehen wird, Herr Linssen. Sie hatten ja im Vergleich zu 2004 Steuermehereinnahmen in Höhe von 7 Milliarden €. Ich bin sehr gespannt, was Sie machen, wenn die Prognosen, die ja immer positiver waren als in der Vergangenheit, etwas abkippen, auch was die Steuerschätzung angeht.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Ich bin vorsichtig!)

– Ich weiß, dass Sie vorsichtig sind. – Ich bin sehr gespannt darauf, wie Ihr Haushalt dann aussieht.

Sie betreiben hier Geschichtsklitterung und Schönrechnerei. Sie haben im Jahre 2005 2,2 Milliarden € in einem Nachtragshaushalt durchgesetzt. Das heißt, Sie haben die Schulden – das hat auch die Kollegin gerade ausgeführt – auf ein Rekordniveau erhöht, das Nordrhein-Westfalen noch nie hatte. Das war doch Ihre erste Tat.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Ich gehe nur von den Zahlen aus, die von Ihnen mit Brief und Siegel abgesegnet sind. Im Jahre 2005 waren es 2,2 Milliarden €. Das war das Erste, was Sie gemacht haben, denn Sie sind am 22. Mai 2005 in die Regierung gewählt worden.

In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung steht eine Verschuldung von mehr als 120 Milliarden € Ende 2008. Darüber hinaus – das steht auch in Ihrem Haushaltsentwurf – beträgt der Schuldendienst mehr als 5 Milliarden €. Dies ist eine neue Rekordhöhe für Nordrhein-Westfalen. Wir waren noch nie über 5 Milliarden €. Das ist die konkrete Politik.

(Lachen von Minister Dr. Helmut Linssen)

Es ist ja nicht so, dass Sie kein Geld ausgeben. Sie sparen natürlich, nämlich im Sozialbereich, im Ökologiebereich, aber Sie geben auch mehr Geld an bestimmten Stellen aus.

(Minister Armin Laschet: Wo denn?)

Sie geben zum Beispiel mehr Geld für die Landwirtschaftskammern aus. Die entsprechenden Mittel haben Sie um 20 Millionen € aufgestockt. „Rinder statt Kinder“ ist ja damals zu Recht gesagt worden. Das war Ihre erste Maßnahme. Jetzt geben Sie Geld für Subventionen für den Flughafen aus. Herr Rüttgers sitzt ja auch hier. Ich weiß gar nicht, wie viele Redenschreiber Herr Rüttgers mittlerweile beschäftigt. Herr Rüttgers, eigentlich müssten Sie ständig am Redepult stehen, weil Sie so viele Redenschreiber haben. Ich glaube, mittlerweile sind es sechs. Die Stellen haben Sie, glaube ich, um drei oder vier aufgestockt.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Auch das ist Ihre konkrete Politik.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Weitere Wordmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung zum Einzelplan 12 in Verbindung mit dem Einzelplan 20 sind. Abstimmungen finden ja in der Zeit zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr nicht statt, sodass wir erst später abstimmen lassen.

Ich rufe den **Einzelplan 15**

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

mit den Teilbereichen „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“, anschließend „Frauen“ und danach „Integration und Eine-Welt“ auf.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung in der Drucksache 14/5515, die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und die Änderungsanträge der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ihnen vorgelegt mit den laufenden Nummern 14 bis 29 als Tischvorlage, hin.

Ich eröffne die Beratung zum **Teilbereich „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“**.

Zunächst erteile ich dem Kollegen Jörg für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das geschwätzige „Wir tun mehr für Kinder“ dieser Landesregierung wird durch den vorliegenden Haushalt ad absurdum geführt. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Seit 2005 ist kein einziger Cent mehr für Kinder in unserem Land ausgegeben worden. Im Jahre 2005 standen für das GTK, für die Sprachförderung und für die Sprachstandserhebungsverfahren fast 958 Millionen € zur Verfügung. Der heutige Haushaltsentwurf umfasst rund 10 Millionen € mehr.

Verbunden damit sind allerdings erhebliche zusätzliche Aufgaben: die Förderung der Familienzentren, die Förderung der Tagespflege, die Zuschüsse für eingruppige Einrichtungen, um einige wichtige Bereiche zu nennen. Deshalb steht im Vergleich zu den Aufgaben 2008 deutlich weniger für die Tageseinrichtungen zur Verfügung als 2005. Weniger und nicht mehr!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nur: Es gibt mehr Geschwätzigkeit, was man alles für Kinder tun will. Besonders bedrückend ist der vorliegende Haushalt unter dem Gesichtspunkt, dass sich die Situation für viele Kinder in den letzten Jahren verschlechtert hat. Niedrige Löhne und schwierige Lebensbedingungen führen dazu, dass sich Eltern immer weniger und nicht immer optimal um ihre Kinder kümmern können.

Hinzu kommt die bittere Erkenntnis, dass immer mehr Kinder in Armut leben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben in einer der reichsten Gesellschaften auf dieser Welt. Umso unerträglicher ist die Einsicht, dass jedes fünfte Kind hier in Armut leben muss.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Doch wir als Politiker können die Lebensbedingungen für diese Kinder verändern. Wenn wir das wirklich wollen, können wir dafür sorgen, dass sie zumindest eine Chancengleichheit im Bildungsbereich bekommen. Über den Weg einer guten Bildung erschließen sich soziale Aufstiegschancen. Nur so können wir den Teufelskreis von Armut

durchbrechen. Denn diese Kinder sind nicht dümmer oder schlauer als Kinder aus reichen Familien. Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, können die Rahmenbedingungen verbessern, unter denen diese Kinder groß werden.

Das funktioniert aber nicht, indem wir das Kindergeld anheben oder andere Transferleistungen beliebig nach oben schrauben. Diese Gelder landen leider nicht immer beim Kind. Ich füge hinzu: Selbst bei deutlicher Erhöhung der Transferleistungen könnten die strukturellen Nachteile der Kinder aus ärmeren Verhältnissen nicht aufgefangen werden.

Wir können diesen Kindern nur helfen, indem wir die Angebotspalette ihrer Betreuungseinrichtungen stärken und diese Einrichtungen in die Lage versetzen, allen Kindern das notwendigste Rüstzeug für einen guten Start in ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Eltern brauchen in den Einrichtungen stabile Partner, mit denen sie ihre Probleme des Alltags meistern und gleichzeitig ihren Kindern einen möglichst optimalen Entwicklungsrahmen bieten können.

Wenn uns gemeinsam gegenwärtig ist, dass die Probleme der Kinder in den letzten Jahren größer geworden sind, dann müssen wir auch mehr dafür tun, dass diese Probleme aus dem Weg geräumt werden. Dieser Haushalt ist leider weit davon entfernt. Jürgen Rüttgers ist in Sachen Kinder für jedes Schwätzchen zu haben. Konkret wird die Situation der Kinder durch diesen Haushalt aber eher weiter geschwächt.

Eltern werden fast landesweit durch höhere Beiträge für die Tageseinrichtungen belastet.

(Minister Armin Laschet: Das stimmt doch gar nicht!)

Schon allein das ist ein Skandal; denn höhere Belastungen der Eltern treffen natürlich auch immer die Kinder.

Auf die Spitze wird diese Situation dadurch getrieben, dass Städte mit schwächeren Sozialstrukturen – dort sind die bereits genannten niedrigen Löhne häufiger anzutreffen – aufgrund ihrer schwachen Haushaltslage die Elternbeiträge besonders anheben müssen. Auf gut Deutsch: Die Familien, denen es sowieso schon schlechter geht, werden durch die Landesregierung hier noch einmal besonders bestraft.

Hinzu kommt nun auch noch das sogenannte KiBiz. Daran ist schon genug Kritik formuliert worden; aber ich möchte es hier noch einmal hervorheben. In dieser für Kinder prekären gesellschaftlichen Situation schafft das KiBiz per Gesetz e-

normen finanziellen Druck in unseren Einrichtungen. Dies wird sich erheblich auf die Qualität der Arbeit in den Einrichtungen auswirken – und ein Qualitätsverlust in den Einrichtungen trifft Kinder mit einem höheren Förderbedarf immer härter als andere. Das KiBiz ist wirklich ein kinder- und familienpolitischer Totalschaden; das sei hier noch einmal gesagt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit diesen Mitteln werden Sie eine – jedenfalls von uns gewünschte – Chancengleichheit niemals erzielen. An dieser Stelle unterscheiden wir uns aber erheblich, glaube ich. Sie wollen diese Chancengleichheit nicht. Sie sind Besitzstandswahrer. Sie glauben, dass die Situation der armen Kinder Schicksal ist.

(Christian Lindner [FDP]: Ach!)

– Wenn Sie etwas anderes glauben würden, lieber Christian Lindner, dann hätten Sie angesichts der Probleme nicht die Verdopplung des Kultur-etats als Ziel in Ihre Koalitionsvereinbarung geschrieben, sondern die Verdopplung des Etats für unsere Kinder. Aber Sie wollen die Zusammenhänge zwischen guten Einrichtungen und einer damit verbundenen guten Bildungsperspektive nicht erkennen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Sie leugnen sie geradezu. Deshalb setzen Sie auch so stark auf individuelle und private Lösungen.

(Minister Armin Laschet: Die Einrichtungen bekommen mehr Geld als bei euch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorgelegte Haushalt zeigt, dass die Landesregierung viele neue Probleme in der Kinder- und Familienpolitik durchaus erkennt, aber nicht bereit ist, diesen Problemen sozial und vor allen Dingen gerecht zu begegnen. Stattdessen – ich muss es immer wieder sagen – werden Familien und Kommunen zusätzlich belastet.

(Minister Armin Laschet: Steigt der Etat, oder sinkt er?)

Und das werden Ihnen die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land nicht durchgehen lassen, sehr geehrter Herr Minister. Für diese geschwätzig unsoziale Politik werden Sie Ihre Quittung bekommen.

(Minister Armin Laschet: Gibt es mehr Geld oder weniger? Sagen Sie doch einmal!)

Denn Lügen tragen nicht weit, weil sie bekanntlich kurze Beine haben, Herr Minister.

Was haben Sie nicht alles versprochen! Der Landesjugendplan ist dafür immer wieder ein gutes Beispiel. 96 Millionen € haben Sie allen Trägern in die Hand versprochen. Und heute? Heute berufen Sie sich darauf, dass die Zahlungen an die Verbände garantiert werden; das an sich habe schon einen großen Wert.

(Minister Armin Laschet: Gibt es mehr Geld oder weniger Geld?)

Ich verkneife mir, hier ganz unparlamentarisch Klatsche zu verteilen, frage aber in Anlehnung an eine bekannte Fernsehwerbung: Die Zuverlässigkeit, wer hat's gemacht? – Richtig, Herr Minister: Die SPD hat's gemacht.

(Lachen von Marie-Theres Kastner [CDU])

Wir haben den Landesjugendplan zum Gesetz gemacht. Daraus hat sich die von Ihnen so beworbene Planungssicherheit ergeben. Das ist die Wahrheit.

Viel schlimmer ist aber, dass Sie die inhaltliche Diskussion um die Kinder- und Jugendarbeit nicht vorantreiben. Es gibt viele neue Herausforderungen. Zum Beispiel wäre die Landesregierung bei der Zusammenarbeit der Einrichtungen mit offenen Angeboten und unseren Ganztagschulen gefragt. Mittlerweile sind Ganztagschulen ja auch im schulpolitischen Entwicklungsland der Christdemokraten angekommen. Hier brauchen wir neue Angebote, die sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einlassen.

Um eine stabile Persönlichkeit zu entwickeln, brauchen Jugendliche Angebote auch nicht schulischer Art. Deshalb können Schule und Schulpersonal die Herausforderung nicht alleine lösen. Die Kompetenz in den Schulen reicht dafür nicht aus. Hier brauchen wir den Sach- und Fachverstand der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wir brauchen Angebote in Wohn- und Schulumfeld, bei denen die Jugendlichen selbstbestimmt ihre Interessen verfolgen und bei denen eben kein systematisches Lernen stattfindet.

An diesem Punkt haben wir Nachholbedarf. Doch die Antwort der Landesregierung ist in den Haushalt eingemeißelt: 20 Millionen € weniger als versprochen.

Gleichzeitig aber wachsen die Aufgaben. Das ist eine Zerreißprobe für alle Einrichtungen. Nicht alle werden diesen Sparhaushalt überleben.

Für viele Funktionäre ist es ein Dilemma: Auf der einen Seite müssen sie mit denen sprechen – namentlich Herrn Stahl, der gerade nicht hier ist, und Frau Kastner, die Gott sei Dank da ist –, die ihnen das Wasser abtragen. Schließlich will man verhindern, dass es noch schlimmer wird. Man muss freundlich mit ihnen umgehen. Auf der anderen Seite wurden Versprechungen nach der Wahl nicht gehalten. Man spricht mit der Faust in der Tasche mit ihnen.

Nach meiner Wahrnehmung ist das Schlimmste für alle an der Kinder- und Jugendarbeit Beteiligten aber, mit welcher Arroganz die Landesregierung über die Volksinitiative und die im letzten Jahr vorgenommene Sammlung von 500.000 Unterschriften hinweggegangen ist.

(Beifall von Angela Tillmann [SPD])

20 Millionen € kann man nicht kompensieren. Das Angebot der offenen Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen wird weniger. Das haben Jürgen Rüttgers und seine Besitzstandswahrer hier zu verantworten, meine Damen und Herren.

(Minister Armin Laschet: Das stimmt doch gar nicht! Die Einrichtungen bekommen doch mehr als vorher!)

Sehr geehrter Herr Laschet, Sie werden niemals Partner dieser Menschen werden – nicht wirklich Partner. Das haben Sie sich mit den voreiligen Pressemitteilungen der CDU und den ganzen Versprechen gründlich verdorben.

Fazit: Der vorgelegte Haushalt macht deutlich: Die Probleme von Familien und Kindern sind nicht Schwerpunkt dieser Landesregierung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Soziale Gerechtigkeit oder gar Zugangsgerechtigkeit zu Einrichtungen und Schulen ist nicht gewollt – ganz im Gegenteil. Es ist ein Haushalt, den wir aus tiefster Überzeugung ablehnen. Kinder sind in Nordrhein-Westfalen nach wie vor der häufigste Armutsgrund. Die Kinder leiden am meisten unter dieser Armut.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Dieser Haushalt manifestiert diese bittere Entwicklung, und deshalb werden wir dagegen stimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Kollegin Kastner das Wort.

Marie-Theres Kastner (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Jörg, mir geht es selbstverständlich etwas anders als Ihnen. Wir werden diesem Haushalt im Einzelplan 15 – Generationen, Familie, Kinder und Jugend – aus vollem Herzen zustimmen, weil er genau das widerspiegelt, was wir vor der Wahl versprochen haben, nämlich Prioritäten für Kinder und Jugendliche zu setzen.

(Beifall von der CDU – Andrea Asch [GRÜNE]: Das glaubt Ihnen keiner mehr!)

Nordrhein-Westfalen braucht starke Familien, und wir brauchen auch die notwendigen Rahmenbedingungen. Angefangen bei den ganz Kleinen mit der Weiterentwicklung der Frühwarnsysteme bis zum Landesjugendplan – darauf werde ich gleich noch zurückkommen –, haben wir durchaus Akzente gesetzt, die wir auch im Haushalt finden werden.

Noch eine Zwischenbemerkung, Herr Jörg: Ich bin der Meinung, dass auch Kinder Kultur brauchen. Das gehört ebenfalls zur Entwicklung der Kinder und liegt nicht abseits,

(Beifall von der CDU)

dass auch sie ein kulturelles Angebot bekommen. Deshalb bin ich sehr dafür, das Kulturprogramm gerade im Sinne von Kindern aufzustocken. Ob Musik oder Singen, all das ist eine notwendige Weiterentwicklung von Bildung für Kinder, die sie sonst – gerade in bildungsfernen Elternhäusern – nicht bekämen.

Für den Bereich der frühkindlichen Bildung stehen im kommenden Jahr insgesamt 969 Millionen € zur Verfügung. Das sind, Herr Jörg, auf jeden Fall schon einmal 10 Millionen € mehr, als Sie in Ihren Ausführungen angegeben haben. Im Übrigen ist das ein Plus von mehr als 10 %, verglichen mit dem vergangenen Haushaltsjahr. Das ist trotz der Haushaltskonsolidierung ein beachtlicher Sprung und drückt die von mir eingangs erwähnte Prioritätensetzung aus.

Mit dem KiBiz, das zum 1. August 2008 in Kraft treten wird, kommt es im kommenden Jahr zu einem Wechsel der Förderstruktur gegenüber dem jetzt geltenden Gesetz. Hierüber haben wir uns lang und ausgiebig auseinandergesetzt. Die Umwandlung bezieht sich auch auf die Sprachförderung und die finanzielle Förderung von Familienzentren. Im Übrigen, Herr Jörg, ist das ein sehr wichtiger Punkt, um gerade Kinder und Elternhäuser zu erreichen, die vielleicht Schwierigkeiten haben. Einschließlich dieser Veränderungen sprechen wir von einer Erhöhung von 140 Millio-

nen € allein für den Bereich der frühkindlichen Bildung.

Das überaus erfolgreiche Konzept der Familienzentren, das wir bereits 2005 mit einer parlamentarischen Initiative angeregt haben, werden wir auch im kommenden Jahr weiter ausbauen. Fraktionen in anderen Bundesländern wollen das Konzept übernehmen, so beispielsweise in Schleswig-Holstein die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die dazu einen Antrag eingebracht hat. Die Abgeordnete Monika Heinold hat in der Plenardebatte am 11. Oktober 2007 ausgeführt: Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, welche Dynamik entsteht, wenn sich eine Landesregierung um die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten kümmert.

Ich sage: Es ist gut, dass diese Dynamik entstanden ist und dass das Land die Bereitschaft der Kindertageseinrichtungen, der Erzieherinnen und Erzieher, sich weiterzuentwickeln, unterstützt.

Nachdem wir seit wenigen Monaten in Nordrhein-Westfalen über 1.000 Familienzentren mit niederschweligen Angeboten für Familien verfügen, wollen wir dieses Angebot 2008 auf 1.500 Familienzentren ausdehnen. Mit jeweils 1.000 € pro Monat allein für die Koordinationsaufgaben wird die Arbeit der Familienzentren auch in Zukunft durch Landesmittel gefördert. In § 21 Abs. 3 des Kinderbildungsgesetzes haben wir diese finanzielle Förderung festgeschrieben.

Die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren haben wir weitgehend auch dem hohen Engagement der Erzieherinnen und Erzieher zu verdanken. Ich möchte an dieser Stelle hierfür noch einmal Danke sagen, dass dieses große Engagement auch in der ersten Phase ohne finanzielle Unterstützung erfolgt ist.

(Beifall von der CDU)

Im Gegensatz zu Ihren jährlichen Kürzungsorgien in der Vergangenheit können wir im nächsten Jahr die Einrichtungen der Familienhilfe und Familienbildung weiter auf gleich hohem Niveau fördern.

Die Kooperation der Kindertageseinrichtungen mit diesen Einrichtungen im Rahmen der Weiterentwicklung zu Familienzentren führt dazu, dass Familien frühzeitig erreicht und viel zielgerichteter unterstützt werden können. Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Familienzentren in den kommenden Jahren werden wir darauf achten, wie sich die Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen auf die kooperierenden Einrichtungen und deren Inanspruchnahme auswirken wird.

Mit der verpflichtenden Sprachstandsfeststellung im vierten Lebensjahr und einer frühzeitig einset-

zenden kontinuierlichen Sprachförderung legen wir den Grundstein für frühkindliche Bildung und ein erfolgreiches schulisches Lernen. Das gilt ganz besonders für Familien, in denen Bildung nicht oben auf der Tagesordnung steht.

Das ist ein Baustein, um dem nachzukommen, was die OECD in der letzten PISA-Studie für Deutschland als Notwendigkeit angesehen hat. Wir sind in Nordrhein-Westfalen bereits auf diesem Weg. Insgesamt 28 Millionen € stellen wir im kommenden Haushaltsjahr für diesen Bereich zur Verfügung, ein beachtlicher Posten, der die Startchancen aller Kinder in Nordrhein-Westfalen unabhängig von deren Herkunft verbessern soll. Damit machen wir Sprachförderung weit über das Normalmaß hinaus.

Auch hier haben wir Wert darauf gelegt, die finanzielle Förderung im Kinderbildungsgesetz zu verankern. Nur über diesen Weg kommen wir zu einem Anspruch auf Sprachförderung. Das ist deutlich mehr und viel weitgehender als all das, was Sie in den vergangenen Legislaturperioden ange-dacht haben.

Mit dem Inkrafttreten des Kinderbildungsgesetzes im kommenden Jahr kommt es erstmals zu einer finanziellen Förderung der Tagespflege. 13 Millionen € stehen hierfür im kommenden Haushaltsjahr zur Verfügung – Geld, das zur Qualifizierung und Absicherung der Tagesmütter und -väter dienen soll. Jeder Platz in der Kindertagespflege wird in Zukunft mit dem Inkrafttreten des Kinderbildungsgesetzes erstmalig mit 725 € jährlich aus Landesmitteln gefördert. Das ist eine deutliche Aufwertung dieser Betreuungsform, die gerade für die Betreuung von jungen Kindern aufgrund familienähnlicher Strukturen besonders geeignet ist. Wir haben gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in einer parlamentarischen Initiative für die gesetzliche Verankerung gesorgt.

Der Ansatz beim Kinder- und Landesjugendförderplan liegt für 2008 wie bisher bei 75,2 Millionen €. Dazu kommen noch 4,5 Millionen € für die Jugend in sozialen Brennpunkten. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung gewährleisten wir damit bis zum Jahr 2010, was die Jugendverbände und alle in der Jugendarbeit Tätigen schmerzlich vermisst haben nach dem Motto, Herr Jörg: Wer hat es getan? – Wir haben es getan! Bis zum Jahr 2010 werden die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Verbandsarbeit, die Jugendsozialarbeit und die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit aus dem Landesjugendplan verlässlich gefördert. Die Mittel stehen in vollem Umfang zur Verfügung und können auch übertragen werden.

Bei der Generationen- und Seniorenpolitik bleibt es beim gleichen Ansatz wie 2007. Neben der klassischen Seniorenpolitik stehen dabei Fragen des Miteinanders der Generationen im Mittelpunkt. Dieses Thema haben wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in der Initiative „Jung und Alt in den Städten und Gemeinden - Zukunftskonzepte für ein neues Zusammenleben der Generationen in Nordrhein-Westfalen“ ausgearbeitet.

Mit dem Generationengipfel am 14. Dezember im Düsseldorfer Landtag nimmt die Umsetzung dieser Idee in Kürze erste konkrete Formen an. Beispielhafte Zukunftsprojekte für ein Miteinander zwischen Jung und Alt erhalten Gelegenheit, sich vorzustellen. In einer älter werdenden Gesellschaft mit sinkenden Kinderzahlen ist dies eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, die wir weiter fortführen wollen.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Die Schwerpunktsetzung der Landesregierung und der Regierungsfractionen bei der frühkindlichen Bildung und die deutliche Abgrenzung gegenüber der Politik der rot-grünen Landesregierung wird auch außerhalb des Landtags deutlich wahrgenommen. So heißt es beispielsweise in den „Aachener Nachrichten“ vom 13. November 2007 in einem Artikel zur Schulpolitik:

„Auf keinem Feld nämlich hat die Regierung Rüttgers mehr investiert als in die Erziehung.“

(Beifall von Walter Kern [CDU])

„Die frühkindliche Bildung ... war von der rot-grünen Vorgängerregierung ebenso stiefmütterlich behandelt worden wie die personelle Ausstattung der Schulen.“

Frau Kraft redet immer davon, wir würden eine unsoziale Politik auf dem Rücken der Kinder machen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Genau! Recht hat sie! – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP])

Der Kommentar sieht das wohl nicht so!

Wir wollen den erfolgreichen Weg einer Politik für Kinder und Familien weitergehen. Deshalb werden wir diesem Einzelplan 15 mit Freuden zustimmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kastner. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Lindner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen im Bereich Kinder, Jugend und Familie sind in den letzten Jahren ruhiger geworden. Ich erinnere mich gut, dass es in der vergangenen Wahlperiode zahllose Sitzungen und Gespräche mit Fachverbänden gegeben hat. In diesen Gesprächen wurde uns als Oppositionspolitikern, aber genauso auch den Politikern der Regierungsseite vorgebracht, wie groß die Befürchtungen seien, dass etwa wieder in die Förderung aus dem Landesjugendplan eingegriffen werden könnte.

In diesem Jahr gibt es Gespräche wie auch schon im vergangenen Jahr. Aber sie haben einen anderen Charakter. Es gibt allerdings weniger Gespräche und weniger Druck,

(Beifall von Walter Kern [CDU] – Zurufe von der SPD und von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

weil die wesentliche Leistung dieser Koalition war, bis zum Jahr 2010 den Verbänden Planungssicherheit zu geben. Diese Planungssicherheit, meine Damen und Herren, erlaubt es den Beschäftigten in den Verbänden und in den Einrichtungen, sich auf das konzentrieren, was ihre vornehmste Aufgabe ist. Das ist nicht die Lobbyarbeit im Landtag, sondern das ist die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen vor Ort. Dafür haben sie jetzt den Freiraum, die Zeit und die Sicherheit.

(Beifall von der FDP)

Die Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, haben diesen Vorrang der Planungssicherheit vor kurzfristigen Erhöhungen im vergangenen Jahr auch anerkannt, indem sie im zuständigen Fachausschuss darauf verzichtet hatten, diesen mantraartig vorgetragenen Antrag auf Erhöhung der Mittel im Landesjugendplan vorzulegen. In diesem Jahr beugen sich die Sozialdemokraten dem grünen Populismus und schwenken auch wieder auf diese Linie ein – allerdings mit Argumenten, die nachgerade fadenscheinig sind, wenn der Kollege Wolfgang Jörg als Beispiel für die Erhöhung ausgerechnet die offene Jugendarbeit anführt. Dabei lässt er außer Acht, dass genau seine Fraktion die jetzt von ihr beantragte Erhöhung ausgerechnet nicht bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit ansiedeln will,

(Ralf Witzel [FDP]: In der Tat!)

sondern ausschließlich für Verstärkungsmittel für die Kooperation von Jugendhilfe und Schule.

(Beifall von FDP und Marie-Theres Kastner [CDU] – Ralf Witzel [FDP]: So ist das!)

Wenn, dann müsste wenigstens konsistent argumentiert werden. Wie es die SPD macht, entlarvt es ein nur kurzfristiges politisches Anliegen.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich will auch auf das mit 4,5 Millionen € dotierte Sonderprogramm „Jugend in sozialen Brennpunkten“ hinweisen. Was haben wir darüber diskutiert. Insbesondere Frau Asch hat sich echauffiert, das sei ein Trostpflasterchen. Mit dem Geld könne sinnvoll gar nicht gearbeitet werden. Das Geld würde gar nicht verausgabt werden können. Jetzt stellen wir im zweiten Jahr fest: Die Mittel für das Programm sind verausgabt worden und die Ergebnisse sind ausgezeichnet. Die Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit berichtet auf ihrer Internetseite von 40 Projekten, die ausschließlich diesem Programm zu verdanken sind,

(Beifall von Walter Kern [CDU])

zum Beispiel Jugendtheater in den Sommerferien in sozialen Brennpunkten, wo Jugendliche überhaupt erst einmal befähigt werden, sich konzentriert mit Sachverhalten und mit Texten zu beschäftigen. Auch diese Befürchtung und Vorhaltung der Opposition hat sich als Luftnummer erwiesen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Ich will einen dritten Punkt im Jugendbereich hervorheben, nämlich die Frage, wie wir Kinder und Jugendliche in unser demokratisches System einbinden, wie wir politische Bildung mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den sie betreffenden Entscheidungen verbinden.

Diese Koalition hat im vergangenen Jahr ein Programm „Politik für Kinder“ implementiert, das innovative Beteiligungsprojekte in den Kommunen anregen sollte. Wir von den Koalitionsfraktionen haben wegen der positiven Erfahrungen diesen Haushaltsansatz jetzt auf eine halbe Million Euro verdoppelt. Nun stehen eine halbe Million Euro dafür zur Verfügung, unsere Kommunalpolitik kinder- und jugendfreundlicher zu machen.

Von Rot-Grün hatten wir in der Vergangenheit dazu nichts gehört. Erst recht haben die Kommunen keinerlei finanzielle oder auch ideelle Unterstützung erfahren. Erst jetzt in der Opposition macht sich Frau Asch dieses Thema zueigen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ich war vorher nicht dabei! Ich konnte das schlichtweg nicht!)

Sie vollzieht eine 180-Grad-Kehrtwende.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Aber das kennen wir von den grünen Gutmenschen.

(Beifall von FDP und CDU)

In der Regierung arbeiten sie ganz anders als in der Opposition. Ich mache das an einem zweiten Beispiel deutlich: Frau Asch, Sie stellen sich hier hin und beantragen eine Erhöhung der Mittel für Gedenkstättenfahrten von Kindern und Jugendlichen. Das ist ein gutes Anliegen. Im letzten Haushalt, den Sie zu verantworten hatten, haben Sie diesen Ansatz aber auf null reduziert. Was gilt denn nun? Was ist Ihre Politik? Was ist Ihre Auffassung dazu?

(Ralf Witzel [FDP]: Alles nur Show!)

Das sind Kehrtwenden der Grünen um 180° in der Opposition. Das ist eine reine Gutmenschenpolitik.

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn Sie Verantwortung haben, arbeiten Sie ganz anders.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist billiger Populismus! – Gegenruf von Britta Altenkamp [SPD]: Wie recht Sie haben, Herr Witzel!)

Ich will noch auf einen zweiten Bereich zu sprechen kommen – ich fasse mich kürzer, weil wir uns schon vielfach darüber ausgetauscht haben –: das Kinderbildungsgesetz. Man kann rechnen und Vorhaltungen machen, wie man will – Fakt ist: In diesem Land wird im nächsten Jahr so viel Geld für den Elementarbereich aufgewendet wie niemals zuvor in der Geschichte dieses Landes.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Niemals zuvor gab es, wenn man die Bundesmittel mit einbezieht, über eine Milliarde Euro für den Elementarbereich bei sinkenden Kinderzahlen. Ein Mittelzuwachs bei sinkenden Kinderzahlen – daran zeigt sich die Schwerpunktsetzung dieser Koalition. Das will ich gar nicht mit einzelnen Maßnahmen wie Familienzentren und Sprachförderung weiter beleuchten. Von Ihnen haben wir einen Haushaltsansatz von 7,1 Millionen € übernommen; bei der frühkindlichen Sprachförderung stehen im nächsten Jahr 28 Millionen € für die Chancen von Kindern mit Migrationshintergrund zur Verfügung. Wir müssen uns von Ihnen mit Ihrer bescheidenen Hinterlassenschaft kein Ungleichgewicht in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik vorwerfen lassen.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte noch einen letzten Punkt zum Bereich Familien ansprechen. Unser Ansatz ist, die Vernetzung der Akteure, die für Familien vor Ort und landesweit tätig sind, zu stärken. Familienberatung und Familienbildung erhalten deshalb unverändert den gleichen Betrag wie in den vergangenen Jahren. Aber wir stärken ausdrücklich die Bereiche des Landeshaushalts, in denen innovative Projekte angestoßen werden und bei denen es um Vernetzung geht. Deshalb können in den Kommunen jetzt soziale Frühwarnsysteme mit im Vergleich zum vergangenen Jahr noch einmal deutlich erhöhten Mitteln von 1,5 Millionen € implementiert und intensiviert werden.

Zum Bereich Familie gehört für die Freien Demokraten auch der Hinweis darauf, dass dieses Land unverändert die gleichgeschlechtlichen Lebensweisen unterstützt und begleitet und Antidiskriminierungsarbeit fördert. Die finanzielle Förderung bleibt unverändert. Aber wir als Koalitionsfraktionen haben uns dafür stark gemacht, dass wir auch die positiven Signale, die mit der Gründung einer Bürgerstiftung verbunden sind, als Landesgesetzgeber unterstützen wollen. Wir bitten die Landesregierung herzlich, sich diesem Sachverhalt noch intensiver zu widmen. Wir werden bei anderer Gelegenheit in diesem Monat, beim nächsten Plenum, darauf zurückkommen können.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Meine Damen und Herren, ich ziehe Bilanz: Wir haben eine deutliche Schwerpunktsetzung für Kinder, Jugendliche und Familien in Nordrhein-Westfalen erreicht. Die Opposition hat andere Vorstellungen in ihren Anträgen vorgelegt. Sie haben es aber nicht vermocht zu sagen, wie Sie sie finanzieren wollen. Es gehört zu einer Politik für Kinder und Jugendliche, ihnen in der Zukunft einen handlungsfähigen Staat zu überlassen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Was ist das denn?)

Sie wollen in der Gegenwart Gutmenschentum betreiben und Wohltaten verteilen,

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Kindern und Jugendlichen aber 100 Millionen € zusätzliche Schulden hinterlassen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist Diffamierung hoch drei!)

Wenn Sie verantwortliche Politik machen, müssen Sie sich um beste soziale Ergebnisse bemühen und nicht um beste soziale Ankündigungen, wie Sie das tun.

(Beifall von der FDP)

Sie müssen außerdem dafür Sorge tragen, dass Ihre Politik der Gegenwart auch in der Zukunft finanziert werden kann. Diesem Anspruch stellen wir uns –

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Lindner, wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Sie sind ihm nicht gerecht geworden. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir mussten von CDU und FDP wieder das erleben, was wir seit zweieinhalb Jahren erleben.

Erstens. Eine rückwärtsgewandte Perspektive. Herr Lindner, hören Sie doch endlich auf, auf das zu verweisen, was in der letzten Legislaturperiode passiert ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist Ihnen peinlich! Sie begehen damit Unfallflucht!)

Machen Sie Ihre Hausaufgaben und vertuschen Sie nicht Ihre Fehlleistungen, indem Sie immer auf irgendetwas verweisen, was vermeintlich vorher geschehen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Sie stellen stereotyp dar, Sie könnten nicht anders, Sie müssten um der Zukunft willen sparen. Es ist und bleibt so, dass dieser Haushalt für Kinder, Jugendliche und Familien das Paradebeispiel für das Brechen von Versprechen, für Täuschungen und Enttäuschungen ist, die diese Landesregierung den Menschen in NRW bereitet.

(Beifall von den GRÜNEN)

An dieser Stelle sage ich, Herr Lindner: Lieber Gutmenschentum als neoliberale Abzocke.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von Ralf Witzel [FDP])

Der Haushalt für Kinder, Jugend und Familien ist das Paradebeispiel dafür, dass Sie trotz Rekordinnahmen – 8 Milliarden € haben wir gehört – Ihre Prioritäten überall anders setzen – beim Straßenbau, bei Flughäfen, bei den Landwirtschaftskammern – aber nicht dort, wo Sie es versprochen haben, nicht bei den Kindern, bei den Jugendlichen und bei den Familien in diesem Land.

Trotz Rekordeinnahmen stocken Sie den Landesjugendplan wiederum nicht mit den versprochenen 96 Millionen € auf. Trotz Rekordeinnahmen schreiben Sie die Kürzungen für die Kindertagesstätten aus 2006 fort. Sie täuschen die Öffentlichkeit mit den angeblich 150 Millionen € mehr. Herr Lindner, das wird immer mehr. Jetzt steht angeblich schon eine Milliarde im Haushalt. Wo denn? Sie können es nicht nachweisen.

(Christian Lindner [FDP]: Ich habe gesagt: Mit den Bundesmitteln!)

Diese Zahl steht nirgendwo in diesem Haushalt.

(Minister Armin Laschet: Natürlich!)

Aber Sie sind schmerzfrei. Sie addieren einfach mal für 2008 verschiedene Haushaltstitel, die 2007 noch getrennt waren. Sie vergleichen Äpfel mit Birnen und sagen dann: Das ist mehr Geld für Kinder.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie finanzieren angeschlagene Kirchengemeinden über Ihr 23 Millionen-€-Programm für Kinder und sagen: Das ist mehr Geld für Kinder. – Sie reden von einem höheren Schuletat, zählen aber die Lehrpensionen hinzu und sagen dann: Auch das ist mehr Geld für Kinder. Meine Damen und Herren, Herr Minister Laschet, Sie stellen keinen einzigen Cent mehr ein, der bei den Kindern auch tatsächlich ankommt. Das lassen sich auch die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen nicht so einfach gefallen.

Herr Lindner, noch einmal: Man fragt sich wirklich, mit welcher Form von Realitätsverleugnung Sie überhaupt durchs Leben laufen,

(Beifall von den GRÜNEN)

wenn Sie sagen, wir hätten in den letzten zwei Jahren ruhige Haushaltsverhandlungen gehabt. Blenden Sie derartig aus? Wir hatten zwei große Volksinitiativen,

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

die 250.000 Unterschriften gegen Ihre Familienpolitik gesammelt haben. Sie behaupten, wir hätten ruhige Haushaltsberatungen gehabt.

(Christian Lindner [FDP]: Dieses Jahr!)

Aber das ist Ihre Form von Realitätsverleugnung, die die Bürger auch spüren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch Herr Laschet stellt ja all die Menschen, die gegen seine Politik auf die Straße gehen, immer als von der Opposition Verblendete, Getäuschte

und Irregeleitete dar. Aber wir haben es ja beim Kinderbildungsgesetz gesehen, als die Fraktionen von CDU und FDP massive Korrekturen daran vorgenommen haben, wer hier eigentlich der Irreführte ist.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Herr Minister Laschet, Ihr Pipi-Langstrumpf-Prinzip „Ich red' mir die Welt, wie sie mir gefällt“ hat gründlich versagt. In NRW wird dieses Pipi-Langstrumpf-Prinzip langsam zum „Armin-Laschet-Prinzip“. Bezeichnend ist, dass Ihre Schönrederei inzwischen sogar die Kolleginnen und Kollegen Ihrer eigenen Fraktion ziemlich nervt.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Nun ist es leider so, dass das KiBiz weder durch Schönrederei noch durch die Änderung der Fraktion ein gutes Gesetz geworden ist. Sie schaffen es, dass selbst gut gemeinte Ziele durch schlechte Umsetzung, miserables Handwerk und fehlende Fachlichkeit zu einem Negativpunkt werden. Angeblich gibt es mehr Geld für Kinder, aber die Realität ist überall eine ganz andere: weniger Personal für die Kinder unter drei Jahren, weniger Sprachförderung, Unterfinanzierung von Familienzentren trotz eines riesigen zusätzlichen Leistungskataloges, endlos lange Wartezeiten bei Erziehungsberatung, weniger Zeit für Förderung und Bildung von Kindern.

Zu all dem kommt es, weil für die Kinder weniger Geld zur Verfügung steht, weil die Mittel seit dem Streichhaushalt 2006, in dem sie massiv gekürzt wurden, nicht mehr vollständig für die Kinder zur Verfügung stehen. Das Geld fließt nämlich in die Kassen der Kirchengemeinden. Es fließt in Hochglanzbroschüren, die Sie durch die Lande verschicken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es fließt in eine ausufernde Bürokratie, und es fließt in Unternehmensberatungen wie PädQUIS oder Kienbaum & Partner.

Apropos: Sie verweigern ja nach wie vor die Antwort auf meine Kleine Anfrage, was die übrigens vollkommen fehlgeschlagene Beratungstätigkeit bei KiBiz durch die Firma Kienbaum denn eigentlich gekostet hat. Aber, es ist ganz egal, ob 100.000 € oder 1 Million € – das Geld der Steuerzahler hatte der Landtag für die Kinder gedacht, Herr Minister, und nicht für Ihre Berater. Das müssen wir hier einmal festhalten.

Aber – jetzt kommen wir zu einem interessanten Punkt – beim Lesen von Haushaltsplänen haben Sie ja ohnehin Schwächen, Herr Minister Laschet,

wie wir inzwischen alle hier im Hause erfahren haben; denn Sie haben erst durch meine Kleine Anfrage entdeckt, dass Sie mal eben 40 Millionen € in diesem Haushalt vergessen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dabei gehen doch auch die Haushaltspläne genauso wie die Kleinen Anfragen durch Ihre Hände. Oder täusche ich mich da? Ich kann Ihnen einen Tipp geben: Vielleicht sollten Sie sich nicht nur den Haushaltsplan anschauen, sondern auch das dazugehörige Haushaltsbegleitgesetz.

(Minister Armin Laschet: Es gibt kein Haushaltsbegleitgesetz!)

Für 2008 standen nämlich Ihre alljährlichen Mittelkürzungen für die Kindergärten nicht darin. Da haben Sie glatt das Kürzen vergessen. Ich dachte mir immer: Das Kürzen bei den Kurzen, das ist das, was er auf gar keinen Fall vergisst, der Herr Minister Laschet. – Und jetzt das.

Ich wollte mit meiner Kleinen Anfrage eigentlich wissen, warum Sie im KiBiz zur Berechnung der Kopfpauschale sehr wohl die gekürzten Sachmittel zugrunde legen, obwohl Sie diese Mittel für 2008 gar nicht gekürzt haben. Wissen Sie, ich habe dann Folgendes vermutet: Ich dachte, Sie wollten vor Inkrafttreten des KiBiz den Einrichtungen doch noch einmal etwas Gutes tun – 42 Millionen € extra, das wäre ja was gewesen, um die kommenden mageren KiBiz-Jahre vorher noch einmal etwas abzupuffern – und lösen jetzt endlich das Versprechen ein, das CDU und FDP den Wählerinnen und Wählern vollmundig gegeben haben, nämlich diesen Konsolidierungsbeitrag endlich zu beerdigen.

Durch diese Fehlleistungen, Herr Laschet, wird nicht nur deutlich, dass Sie Ihr Haus nicht im Griff haben:

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Er hat sich selbst nicht im Griff!)

Wie immer kümmern Sie sich nicht um die Alltagsarbeit.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Fisch stinkt immer vom Kopf! Das ist das Problem!)

Wie immer kümmern Sie sich nicht um das Handwerk. Das interessiert Sie einfach nicht, und Sie können es offensichtlich auch nicht. Nein, es zeigt auch insgesamt Ihren schlampigen und unseriösen Umgang mit Zahlen und mit Geld. Es zeigt, Sie rechnen nicht wirklich seriös, sondern Sie lavieren sich wie immer durch.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: In dem Haus wird überhaupt nicht gerechnet!)

Das ist genauso, wie Sie es mit dem 150-Millionen-€-Schwindel gemacht haben. Sie können bis heute in diesem Haushalt nicht nachweisen, wo diese angeblichen 150 Millionen € herkommen, weil sie nämlich nirgendwo stehen, weil sie frei erfunden sind. Das kann jeder ohne Taschenrechner im Kopf nachrechnen. Und dann kommt es zu solchen Fehlleistungen. Sie müssen sich erst durch mich, durch die Opposition darauf hinweisen lassen, was da schiefgegangen ist, und dann liegt Ihr Haus tagelang lahm. Mir haben nachgeordnete Behörden und Verbände erzählt, dass alle Termine für die gesamte Woche gecancelt worden sind, weil Sie fieberhaft nach dem Sündenbock gesucht haben.

(Minister Armin Laschet: Quatsch! Danach brauche ich nicht lange zu suchen!)

Herr Laschet, ich kann Ihnen zur Vermeidung solcher Pannen anbieten, dass ich Sie in meinen Newsletter-Verteiler aufnehme. Ich habe nämlich bereits im Oktober darüber informiert, dass die Sachkostenpauschale nicht gekürzt wird. Jetzt wollen die Regierungsfractionen das offenbar doch tun. Ich kann Ihnen aber voraussagen, meine Damen und Herren von CDU und FDP: Das wird kein leichter Gang werden,

(Beifall von den GRÜNEN)

um den Kindertagesstätten nach dem KiBiz-Desaster jetzt klarzumachen, dass sie noch einmal mit 40 Millionen € zur Ader gelassen werden.

Fatal und bedauerlich ist es, dass das kein Versehen ist, meine Damen und Herren, sondern das passt in das Muster der unzulänglichen Amtsführung des Ministers Laschet. Das Muster setzt sich zusammen aus dem verkorksten Kindergartengesetz, dem ganzen untauglichen Verfahren der Sprachstandserhebung, dem rechtlich nicht haltbaren Zertifizierungsverfahren bei Familienzentren, Ihrer inszenierten Show-Veranstaltung zur Instrumentalisierung von Kindern. All das ist das Muster Ihrer Amtsführung und zeigt: Sie können es einfach nicht. Sie sind offenbar den Anforderungen, die dieses Amt mit sich bringt, nicht gewachsen. Schöne Worte allein sind nicht ausreichend, um ein Ministeramt zu füllen.

(Die Rednerin hält einen Lottoteilnahmeschein hoch.)

Herr Laschet, ich habe Ihnen etwas mitgebracht, einen Lottoschein.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ah, ah!)

Herr Minister Laschet, da sind 43 Millionen € drin.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Im Jackpot für die Kinder!)

Vielleicht versuchen Sie Ihr Glück einmal damit. Die Wahrscheinlichkeit, dass Sie einen Sechser im Lotto haben werden, ist auch nicht viel geringer als die, dass Sie selbst auf Ihre Fehler in Ihrem Ministerium kommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin jetzt einmal gespannt, wie Sie all das in Ihrer Rede rechtfertigen wollen, Herr Laschet. Wahrscheinlich vertrauen Sie wieder einmal auf Ihre ja auch nicht allzu stark ausgeprägte Fähigkeit, Unangenehmes hübsch einzupacken. Nur – das kann ich Ihnen kurz vor Weihnachten sagen –: Irgendwann wird jedes Päckchen aufgemacht. Und dann haben die Familien hier im Land die – schlechte – Bescherung. – Danke.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Asch. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um dem zu widersprechen, was Frau Asch vorgetragen hat, braucht man wirklich keine allzu ausgeprägten rhetorischen Fähigkeiten. Es reicht ein Blick auf die Zahlen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ha, schon wieder die Zahlen! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: 40 oder 42?)

Sie können ja einmal auf den Ticker der dpa schauen, wo Sie alle Ministerien der Landesregierung sehen. Da sehen Sie: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Jahr 2007: 1,291 Milliarden €, Jahr 2008: 1,449 Milliarden €.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Das ist eine erhebliche Steigerung, die deutlich macht: Bei Kindern und Jugendlichen liegt ein Schwerpunkt dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Sie können mit noch so viel Verrenkungen und Luftballons und was immer Ihnen einfällt versuchen, das schlecht zu reden. Bei den Kindern, Familien und Jugendlichen kommt mehr an als im Jahr 2007. Es kommt vor allem mehr an als vor 2005, als Sie hier Verantwortung getragen haben.

Das ist die erste Feststellung, wozu man keine allzu großen rhetorischen Fähigkeiten braucht.

(Beifall von der CDU)

Da Sie immer wieder fragen und wir das Spiel immer wieder machen, darf ich sagen: Schauen Sie in den Haushalt. Darin stehen für die reine Arbeit in den Kindertagesstätten 819 Millionen €. Hinzu kommen die Horte. Sie wissen, dieses Geld wandert in den Haushalt von Kollegin Sommer. Von 819 Millionen € bis 969 Millionen € sind es 150 Millionen € mehr. Es sind nur 150 Millionen € mehr, weil KiBiz nur fünf Monate wirkt. Wenn KiBiz ein ganzes Jahr wirkt – das wird im Jahr 2009 sein –, sind es über 250 Millionen € mehr.

Ein Drittes: Sie haben anscheinend nicht verstanden, was Kollege Lindner hier vorgetragen hat. Sie haben gefragt: Wo steht das, was Herr Lindner gesagt hat? Wieso ist es schon über 1 Milliarde € im Jahre 2008, über das Jahr, über das wir im Moment reden? Sie müssen die Ergänzungsvorlage zum Haushalt zur Hand nehmen. Herr Lindner hat ausdrücklich gesagt, dass das Geld des Bundes ist. Es kommen auf die 969 Millionen € mit dem Haushalt, den Sie morgen beschließen, erneut 84 Millionen € hinzu. Das ist über 1 Milliarde € für Kinder in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist eine simple Haushaltslogik. Man muss sich die Dinge nur anschauen oder verstehen, wie das Ganze funktioniert.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Die Landesregierung hat das Ziel, Nordrhein-Westfalen zu einem Land zu machen, in dem sich Kinder, Jugendliche und Familien wohlfühlen, in dem sie optimale Bedingungen finden und ihre Chancen verwirklichen können.

Die Ergebnisse von IGLU und PISA zeigen gerade in dieser Woche, dass der Ansatz richtig ist, auf die frühe Bildung von Kindern zu setzen. Genau das ist der richtige Ansatz, worum es im neuen Kinderbildungs- und Förderungsgesetz geht. Wir sind sicher, dass es der richtige Ansatz ist, mehr Mittel, mehr Aufmerksamkeit und mehr konzeptionelle Intelligenz in die frühe Bildung zu stecken.

Das muss gerade den Kindern mit Zuwanderungsgeschichte zugute kommen. Sie haben es selbst verstanden, unsere Sprachförderung zu kritisieren und zu sagen, wir geben weniger für die Sprachförderung aus. Das hat Frau Asch gerade vorgetragen. Das ist der beste Beleg, dass wir

das Vierfache an Geld geben, damit die Kinder, die bei Ihnen weniger Chancen hatten,

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

jetzt neue Chancen bekommen. 28 Millionen € für Sprachförderung – das ist konkrete Integrationspolitik und nicht grünes Geschwätz.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz, das der Landtag im Oktober verabschiedet hat und das im kommenden August in Kraft treten wird, werden wir in Sachen frühe Bildung und Förderung gerade bei der Sprachförderung einen großen Schritt vorangehen.

Kollege Jörg hat eben vorgetragen, dass er es richtig findet – ich teile diesen Ansatz –, mehr Geld in Institutionen zu geben. Dieser Ansatz verbindet uns in diesem Punkt. Genau das ist es, was KiBiz macht. Indem wir beispielsweise für die unter Dreijährigen statt 16.000 im nächsten Jahr 34.000 Plätze haben, werden 18.000 Kinder mehr in guten Kindertagesstätten ein gutes Betreuungsangebot finden. Genau das ist der Ansatz, mehr Geld auch in die Betreuung für die unter Dreijährigen zu geben.

Die Sprachförderung ist das Zweite. Wir haben bei IGLU und PISA gesehen, dass wir in den Naturwissenschaften aufgeholt haben, dass aber die Sprach- und Leseschwäche immer noch ein großes Problem in Deutschland ist.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Genau dem kommt das neue Gesetz entgegen, dass es für deutsche Kinder und für Zuwandererkinder auf Sprachbefähigung abzielt, um die Lesekompetenz in der Grundschule zu erwerben.

Es ist ein Gesetz, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Das ist etwas, wo wir, wie Sie wissen, Schlusslicht waren, als wir im Jahr 2005 angefangen haben.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Wir rücken mit dem neuen Gesetz – mit dem Haushalt, über den wir gerade sprechen – im nächsten Jahr in das deutsche Mittelfeld. Wir sind also nicht mehr Energie Cottbus, sondern werden langsam wie gute

(Britta Altenkamp [SPD]: Na?)

nordrhein-westfälische Mannschaften, also nicht immer Schlusslicht sein.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ja, gute!)

– Rot-Weiß Essen kann ich nicht nennen, Frau Altenkamp. Das ist eine andere Liga.

(Britta Altenkamp [SPD]: Regionalliga schon!)

Jedenfalls sind wir nicht mehr Schlusslicht.

Lassen Sie mich noch zwei Punkte erwähnen, die bisher in der Debatte keine große Rolle gespielt haben, aber umso wichtiger sind. Wir wollen Kinder vor Gewalt und Misshandlungen schützen. Gerade die schrecklichen Vorkommnisse in den letzten Wochen haben noch einmal über Parteigrenzen hinweg eine erhöhte Sensibilität deutlich gemacht.

Mit unseren Handlungskonzepten, mit denen wir den Kommunen helfen, vor Ort soziale Frühwarnsysteme aufzubauen, mit denen sie rechtzeitig merken, in den Familien läuft etwas schief, setzen wir einen wichtigen Schwerpunkt für den Kinderschutz.

Das Dritte: Wir erhöhen die Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen. Ich danke den Koalitionsfraktionen, dass sie den Ansatz von 300.000 € auf 500.000 € erhöht haben. Es gibt viele Projekte für Kinder und Jugendliche in den Kommunen, wo sie an Entscheidungen, auch der Politik, partizipieren. Bei der zunehmenden Politikverdrossenheit, dem zunehmenden Rückzug junger Menschen aus politischen Fragen ist das ein Schwerpunkt.

(Beifall und Zuruf von Christian Lindner [FDP]: Voilà!)

Wir brauchen darüber hinaus einen wirksameren Jugendschutz. Wir haben in der letzten Woche mit der Bundesministerin Frau von der Leyen zusammengesessen, um als Länder zu überlegen, wie das gelingen kann. Ich bedauere es sehr, dass sich die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen bei dem Thema „Wie kontrolliert man, ob der Kinder- und Jugendschutz eingehalten wird?“ gegen die Testkäufe ausgesprochen haben.

Der Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks, das am Anfang zu den Kritikern der Testkäufe gehört hat, Thomas Krüger, früher sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, hat gesagt: Das war eine voreilige Pressemitteilung. Wir als Kinderhilfswerk wollen, dass Testkäufe stattfinden; denn anders können wir schwarzen Schafen nicht auf die Schliche kommen.

(Beifall von der CDU)

Deshalb muss man, selbst wenn da mal die Bundeskanzlerin eingreift oder selbst wenn an einem Wochenende die Erregung mal besonders groß ist, doch den Verstand beisammenhalten und sagen:

(Beifall von der CDU)

Wenn in einer Kommune ein 17-jähriger Beamtenanwärter, der dort kommunaler Mitarbeiter ist, in einem Geschäft einen Testkauf macht, um zu sehen, ob eigentlich an unter 18-Jährige Schund verkauft wird, der nicht in die Hände von Kindern gehört, dann ist das geradezu richtig, weil es auf alle diejenigen abschreckend wirkt, die sich nicht an die Gesetze halten.

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, in dieser Richtung wird Nordrhein-Westfalen auch gegenüber dem Bund eine Initiative ergreifen, um die Bedeutung des Kinderschutzes hervorzuheben.

Ich habe Frau Asch die Zahlen eben erläutert. Das Geld fließt übrigens nicht in Kirchengemeinden, verehrte Frau Asch, auch wenn Sie es immer wieder wiederholen. Das Geld fließt in Kinder. Wir haben gestern wieder gehört, dass im Bistum Essen Kindertagesstätten geschlossen werden. Wer, glauben Sie, betreut denn demnächst diese Kinder? Das ist den Kommunen vor die Tür geschüttet.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb ist Ihre Bemerkung, das fließe in Kirchengemeinden, als würden davon Glockentürme oder sonst irgendetwas gebaut, eine Falschaussage, die Sie hier bewusst machen. Das Geld fließt in Kinder und in nichts anderes.

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

PädQUIS dient übrigens nicht der Beratung des Ministers, sehr geehrte Frau Asch. PädQUIS dient der Qualitätssicherung in Kindertagesstätten. Die haben die Familienzentren mit den Kitas aufgebaut.

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

Auch da ist es – Sie wissen es besser – nicht im Interesse der Kinder, wie Sie hier argumentieren.

Zu Ihrer Auslegung von „Pippi Langstrumpf“: Ich weiß nicht, ob Sie Astrid Lindgren und den Gedanken

(Sylvia Lohrmann [GRÜNE]: Nichts gegen Pippi Langstrumpf!)

„Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt“ hier so polemisch heruntermachen sollten. Viele Millionen Kinder haben das anders verstanden, als Sie es hier eben zu deuten versucht haben.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Die Kinder dürfen das, aber der Minister sollte das nicht tun!)

Wenn Sie hier so dümmliche Zitate bringen, muss man sagen, dass Sie offensichtlich nicht den tieferen Sinn des Werkes von Astrid Lindgren verstehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Asch?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Asch, bitte.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Minister Laschet, zu dem 23-Millionen-Programm hat Ihre Staatssekretärin im Mai im Ausschuss auf Nachfrage erklärt, dass 10 Millionen € dieses Programmes für Kirchengemeinden reserviert seien. Das findet sich auch so in der Antwort auf eine Kleine Anfrage, die ich gestellt habe. Das findet sich ebenfalls in einem Erlass aus Ihrem Hause an die Landesjugendämter. Die Staatssekretärin hat es so erklärt, dass der im KiBiz gesenkte Trägeranteil der Kirchen vorweggenommen werden soll. Hat Ihre Staatssekretärin im Ausschuss die Unwahrheit gesagt? Haben Sie mir in der Beantwortung der Kleinen Anfrage die Unwahrheit geschrieben? Sie haben das übrigens in einer Sendung von WDR 5, die am Dienstag vor zwei Wochen ausgestrahlt wurde, so wiederholt.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich verstehe jetzt nicht den Gegensatz, den Sie da konstruieren wollen. Die Kirchen haben uns in den Konsensgesprächen gesagt: Wir wollen, dass das KiBiz am 1. Januar kommt. Für uns ist das KiBiz etwas Gutes, weil der Trägeranteil der Kirchen sinkt. – Die Kirchen haben auch gesagt: Wenn das KiBiz erst am 1. August kommt, haben wir ein Problem. – Das war die Aussage der Kirchen in unseren Konsensgesprächen.

Wir haben daraufhin gesagt: Da die große Erleichterung für euch, nämlich das viele Geld, erst mit dem KiBiz im August kommt, helfen wir, falls ein kirchlicher Kindergarten deswegen kaputt gehen

sollte – hören Sie doch einmal zu, Frau Asch; Sie sind doch wissbegierig und haben mich etwas gefragt –, dieser kirchlichen Einrichtung über den Zeitraum hinaus von Januar bis August.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Eben! Aus dem 23-Millionen-Programm! Nichts anderes habe ich in meiner Rede gesagt!)

– Ich habe doch versucht, Ihnen etwas ganz anderes zu erklären. Das Geld fließt in Kinder. Der kirchliche Kindergarten, der nicht kaputt geht, ist einer mehr, der seine Arbeit mit Kindern machen kann, und einer weniger, der den Kommunen vor die Tür geschüttet wird. Das ist doch eine ganz einfache Aussage.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden die Anträge prüfen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Man sieht ja, was die katholische Kirche macht: massiv Einrichtungen schließen!)

– Liebe Frau Asch, ich habe das doch alles gerade gesagt. Die katholische Kirche im Bistum Essen schließt Kindergärten. Das bedaure ich. Wäre der Trägeranteil unter Ihrer Regierungszeit schon mal gesenkt worden, wäre es vielleicht nicht nötig gewesen, dass die Kirchen am Ende sind.

(Beifall von CDU und FDP – Christian Lindner [FDP]: So ist das!)

Sie haben denen 20 % abverlangt und anderen armen Trägern 9 %. Sie wissen, dass das Bistum Essen in einer so dramatischen Lage ist, dass es Hunderte von Kirchen verkaufen muss. So dramatisch ist die Lage der Kirchen.

Wir wollen, dass die Kirchen im System bleiben können. Deshalb wird KiBiz für die überwiegende Mehrzahl der Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen – das sind nämlich katholische und evangelische Einrichtungen – die Bedingungen verbessern. Das ist eine Investition in Kinder.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen – meine Redezeit ist zu Ende – zum Kinder- und Jugendförderplan. In der Tat ist hier alles eingehalten worden, was versprochen wurde.

Erstens haben wir nicht das gemacht, was Sie immer gemacht haben. Sie haben im Herbst die Mittel erhöht. Die sind nicht abgeflossen. Dann haben Sie im nächsten Jahr entsprechend weniger gegeben. – Wir haben zugesagt: Das Geld wird von einem Jahr zum anderen übertragen. Es

gibt fünf Mal 75 Millionen €, dieses Jahr sogar noch um 100.000 € erhöht.

Das ist eine Planungssicherheit, die das bewirkt hat, was Christian Lindner gesagt hat. Die müssen jetzt keine Lobbyarbeit mehr machen.

(Beifall von CDU und Christian Lindner [FDP])

Die müssen nicht über Wochen durch alle Abgeordnetenbüros laufen, wie sie das in Ihrer Regierungszeit gemacht haben, weil sie sich auf uns verlassen können und weil Kinder und Jugend ein Schwerpunkt dieser Landesregierung ist. Stabile Verhältnisse für fünf Jahre! Die haben 39 Jahre lang davon geträumt, einmal so gut arbeiten zu können, wie sie heute arbeiten.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Laschet.

Wir kommen zum **Teilbereich "Frauen"**.

Ich gebe als erster Rednerin Frau Kieninger von der SPD-Fraktion das Wort.

Gerda Kieninger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gleichstellungspolitik kann man bei den Beratungen des Haushaltsplans für das Jahr 2008 kaum noch erkennen. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben sich in den letzten Jahren sukzessive aus der Frauenpolitik verabschiedet. Sie halten auch im Europäischen Jahr der Chancengleichheit weiterhin diesen schlechten Kurs.

Der Versuch, Frauenpolitik als Teilbereich der Familienpolitik zu deklarieren, funktioniert aber nicht. Frauen verdienen mehr. Mit dem Haushalt 2006 wurden durch drastische Kürzungen im Gleichstellungshaushalt die Netzwerke beim Gewaltschutz und bei der Frauengesundheit zerschlagen. In den Haushaltsberatungen 2007 läutete das Totenglöckchen für die Regionalstellen. Die Finanzierung der sogenannten vierten Stelle in den Frauenhäusern musste dran glauben.

Aber was sind die Folgen dieser drastischen Einschnitte? Die werden jetzt deutlich. Durch die Streichung der vierten Stelle in den Frauenhäusern ist natürlich Personal abgebaut worden. Damit ist die nachsorgende Betreuung von ehemaligen Bewohnerinnen faktisch vollständig zum Erliegen gekommen.

Die Aufnahme von betroffenen Frauen außerhalb der Büroöffnungszeiten ist nahezu unmöglich ge-

worden. Das bedeutet: Frauen, die geprügelt werden, müssen bis zum nächsten Tag warten, weil in der Nacht keine Aufnahme stattfinden kann.

Allein im letzten Jahr sind in den Frauenhäusern rund 100 Plätze weggefallen. Das zeigen uns der Bericht und die Stellungnahme der autonomen Frauenhäuser.

In den Ballungsräumen ist eine Notaufnahme heute nicht mehr möglich. Betroffene Frauen werden auf ländliche Räume verwiesen oder müssen ihre Bedrohung ganz einfach weiter erdulden.

Aber Frauenhäuser brauchen keine Wartezimmer. Wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung der Frauenhäuser, und zwar flächendeckend.

Einzig und allein die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist noch ein Thema in der Frauenpolitik. Es bleibt alles wie gehabt: Bewährte Strukturen werden zerschlagen und nicht, wie von Minister Laschet zugesagt, konzeptionell weiterentwickelt. Die neuen Angebote lassen auf sich warten. Das ist von den Koalitionsfraktionen politisch so gewollt. Alibi-Anträge sollen davon ablenken, dass Frauenpolitik nicht mehr auf der Agenda steht. Das ist die Koalition der Täuschung und Enttäuschung.

Für die sogenannte „Hotline W“ werden von der Landesregierung gerade einmal 200.000 € veranschlagt. Meine Befürchtungen, die ich im letzten Jahr geäußert habe, bestätigen sich. Die „Hotline W“ ist und bleibt ein Placebo. Den Wiedereinstieg in den Beruf kann diese Hotline den Frauen nicht erleichtern; denn mit diesen 200.000 € kann wohl kaum im ganzen Land eine qualifizierte Beratungsarbeit geleistet werden. Es bleibt eine Koalition der Täuschung und Enttäuschung.

Dass der Frauenminister keine Übersicht der frauenrelevanten Haushaltsstellen aus anderen Einzelplänen mehr vorlegt, ist bezeichnend; denn die Kürzungen würden sonst deutlich. Beim Innenminister werden die gleichstellungsbezogenen Fortbildungsmaßnahmen um mehr als 10 % gekürzt, und auch bei Schule und Weiterbildung finden wir diese Kürzungen.

Dass den Hochschulen wie bereits im Vorjahr keine Mittel für die Frauenförderung zur Verfügung gestellt werden, das hatten wir schon erwartet. Aber dass Existenzgründungskredite für Frauen von dieser Regierung, die in ihren Sonntagsreden immer die Privatinitiative preist, weiter zurückgefahren werden, das ist doch wohl mehr als ärgerlich.

(Beifall von der SPD)

Formal wurde der Gleichstellungshaushalt gegenüber 2007 überrollt. Das ist wahr. Angesichts der gerade geschilderten Einschnitte der letzten Jahre rate ich Ihnen aber jetzt schon dringend davon ab, das gleich als frauenpolitischen Erfolg zu feiern.

Allerdings gibt es zwei Bereiche, in denen mehr Mittel für Frauen zur Verfügung gestellt werden. Das möchte ich hier nicht verschweigen. Im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten gibt es eine moderate Ansatzerhöhung für Kulturförderung. Es gibt auch eine Aufstockung der Mittel für Kongresse und Workshops für Frauen im ländlichen Raum: um sage und schreibe 150 %. Ob es wohl ein Zufall ist, dass die frauenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion die Vorsitzende der Vereinigung der Landfrauen ist? Das frage ich mal.

(Carina Gödecke [SPD]: Großer Zufall! – Zurufe von der CDU)

Für die Frauen im Lande sind und bleiben Sie die Koalition der Täuschung und Enttäuschung.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kieninger. – Für die CDU-Fraktion spricht nun die Kollegin Westerhorstmann.

Maria Westerhorstmann (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Frau Kieninger, ich wusste gar nicht, dass der Herr Minister mir solche Geschenke gemacht hat. Darüber haben wir noch gar nicht gesprochen. Wenn es denn so sein sollte, sage ich erst einmal: Herzlichen Dank!

(Minister Armin Laschet: Ist denn heute schon Weihnachten?)

Die Tatsache, dass die Frauen im ländlichen Raum auch einmal erwähnt werden, finde ich eigentlich gar nicht so schlecht.

(Beifall von der CDU)

Das habe ich in all den Jahren immer vermisst. Es ging immer nur um die Ballungsräume. Wir haben in Düsseldorf immer in der Tür gestanden und versucht, auch für diese Frauen mal etwas auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, der Haushalt für die Frauenpolitik wurde im Wesentlichen überrollt. Das ist – das kann man nicht oft genug sagen – in Zeiten der Haushaltskonsolidierung, angesichts der abzutragenden Schuldenberge ein großer Erfolg. Zusammen mit den in der Frauenpolitik getroffenen Maßnahmen und den hierfür zur Verfügung stehenden Mitteln – Kollegin Kastner hat es

vorhin schon dargelegt –, von denen insbesondere Frauen profitieren, sind wir in diesem Politikfeld gut aufgestellt.

Frau Kieninger, irgendetwas scheint an Ihnen vorbeigegangen zu sein, wenn Sie behaupten, dass Frauenpolitik nicht mehr stattfindet. Frauenpolitik ist für die nordrhein-westfälische Landesregierung und für die sie tragenden Koalitionsfraktionen aber nicht nur ein eigenständiges Politikfeld, sondern auch eine Querschnittaufgabe, die es in allen Politikfeldern zu berücksichtigen gilt.

Lassen Sie mich kurz auf die wichtigsten Schwerpunkte der nordrhein-westfälischen Frauenpolitik eingehen: Ein wichtiger und bedeutsamer Schwerpunkt ist der Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Nordrhein-Westfalen verfügt auf diesem Politikfeld über ein sehr gutes Netz an Beratungseinrichtungen, in denen von Gewalt bedrohte Frauen qualifizierte Hilfe und Unterstützung erhalten. Es ist nicht so, dass auf dieser Ebene nichts getan wird.

(Widerspruch von der SPD)

Ein im Fokus der Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen stehendes Anliegen ist die Bekämpfung von Zwangsheirat. Gemeinsam mit der Fraktion der FDP haben wir das Thema im vergangenen Jahr über eine parlamentarische Initiative angestoßen. Die Landesregierung hat daraufhin ein umfangreiches Handlungskonzept zur wirksamen Bekämpfung von Zwangsheirat erarbeitet und dem Landtag vorgelegt. Hierzu gehört auch die Weiterführung der erfolgreichen Kampagne „ihre Freiheit – seine Ehre“, mit der die Landesregierung diese Thematik in die Öffentlichkeit gebracht hat. Die Menschen sind hierfür mittlerweile sehr sensibilisiert.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil dieses Handlungskonzeptes ist die vom Mädchenhaus Bielefeld durchgeführte Onlineberatung, welche von der Landesregierung in 2008 mit insgesamt 170.000 € finanziert wird. Die Onlineberatung ist dabei eine gut geeignete erste Anlaufstelle, die jungen Frauen und Mädchen durch die Anonymität des Angebots den notwendigen Schutz bietet. Wir sollten den jungen Frauen nicht unterstellen, dass sie damit nicht umzugehen wissen.

Bei der Zwangsheirat haben die Koalitionsfraktionen im Rahmen der Haushaltsberatungen zudem in einer eigenen Titelgruppe einen eigenen Antrag gesetzt: Mit 250.000 € unterstützen wir die Träger der Jugendhilfe und ihre besonderen Angebote, die speziell den Mädchen, die von Zwangsheirat bedroht sind, zugute kommen. Die hierfür bereitgestellten Mittel sollen im von der Landesregie-

rung geplanten Dialog mit der Jugendhilfe und der Fraueninfrastruktur für Projekte zur Sensibilisierung, zur besonderen pädagogischen Betreuung und zur bedarfsgerechten Unterbringung von Mädchen und jungen Frauen eingesetzt werden.

Im Bereich der beruflichen Gleichstellung setzen wir besondere Schwerpunkte. Wir wollen mehr junge Mädchen und Frauen für technische und naturwissenschaftliche Berufe sowie für Wissenschaft und Forschung gewinnen. In diesen Berufssegmenten haben junge Mädchen und Frauen sehr gute Zukunftschancen und sind leider nach wie vor unterrepräsentiert. Wir wollen den Frauenanteil in Führungspositionen deutlich erhöhen. Hierfür setzen wir insbesondere auf Mentorenprogramme, die entsprechend qualifizierte Frauen gezielt fördern.

Wir wollen den Anteil an Unternehmerinnen erhöhen. Hierzu gehört auch, die Existenzgründung von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte zu fördern.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich ein Wort zu den Kleinkrediten sagen, die demnächst das Haus Thoben gewähren wird. Das kommt Frauen zugute; dadurch haben insbesondere Frauen mehr Möglichkeiten, sich selbstständig zu machen.

Und wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern.

Das Beste, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, was Frauen passieren kann, ist, dass der Arbeitsmarkt floriert und dass die Wirtschaft floriert. Dann ist auch die Chance von Arbeitsplätzen eher gegeben.

Junge Mädchen und Frauen wollen bei der Berufswahl und Berufsvorbereitung zielgerichteter unterstützt werden. Auch hier haben wir uns im vergangenen Jahr mit einer parlamentarischen Initiative positioniert: Schulministerium und Generationenministerium arbeiten dabei eng zusammen. Mit diesen Maßnahmen tragen wir schließlich auch dazu bei, die Frauenerwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Nicht zuletzt setzen wir daher auch auf den Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Nur wenn es die entsprechenden Betreuungsplätze gibt, haben Frauen und Männer, haben junge Familien Wahlfreiheit. Nur dann können sie wirklich wählen, ob sie Familienarbeit, Erwerbsarbeit oder auch beides leisten wollen.

Ich freue mich, dass die Frauenpolitik heute ein deutlicher Schwerpunkt ist.

(Carina Gödecke [SPD]: Ein deutlicher Schwerpunkt?)

Dies ist eine echte Unterstützung von Frauen und hebt sich signifikant von Rot-Grün ab, die stattdessen lieber frauenpolitische Scheindebatten führen.

Auch wenn es Ihnen, meine Damen und Herren, nicht gefällt: Es ist nach wie vor die Frage nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die für Frauen elementar wichtig ist. Daher ist es richtig, dass eine familienfreundliche Politik im Fokus der Arbeit der Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen steht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Westerhorstmann. – Für die FDP spricht nun Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf die hier in Nordrhein-Westfalen leider immer noch vorhandenen Schuldenlage, die uns die alte, rot-grüne Landesregierung vor zweieinhalb Jahren hinterlassen hat, begrüßt die FDP-Landtagsfraktion ausdrücklich, dass mit dem Haushaltsentwurf 2008 im Bereich der Frauenpolitik Kontinuität gewahrt wird und neue Akzente gesetzt werden können.

FDP und CDU stellen die Frauenpolitik hiermit auf ein sehr modernes Fundament. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit sind Maßnahmen zur beruflichen Gleichstellung von Frauen sowie zur Förderung von Frauen in Führungspositionen. Ich möchte hier kurz auf die aktuelle Studie der OECD verweisen, die den Handlungsbedarf noch einmal unterstreicht. In Deutschland ist die Differenz zwischen Frauen- und Männergehältern größer als in fast allen anderen Industriestaaten. Hier gibt es Aufholbedarf.

Bezogen auf den Haushaltsentwurf sind verschiedene Projekte zu diesem Themenkomplex hervorzuheben:

Für Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen für Frauen in der industriellen Forschung werden Mittel in Höhe von insgesamt 220.000 € zur Verfügung gestellt. In diesem Feld gibt es einen großen Handlungsbedarf, da Deutschland mit einem Frauenanteil in der industriellen Forschung von 12 % immer noch auf einem der hinteren Plätze liegt. Das wollen wir verändern; da setzen wir

ganz besondere Schwerpunkte in Industrie und Technik.

Für die Förderung der beiden erfolgreichen Programme „Kompetenz im Management (KIM)“ und „Personal-Potenziale nutzen (PePon)“ gibt es insgesamt 300.000 €.

Darüber hinaus betreiben wir die Fortführung des Unternehmerinnenbriefes NRW zur Unterstützung von Existenzgründungen von Frauen mit einem Haushaltsvolumen von 180.000 €.

Vor dem Hintergrund, dass es in Deutschland immer noch eine besondere Herausforderung ist, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, wollen FDP und CDU den qualifizierten Wiedereinstieg in das Erwerbsleben erleichtern. Das Generationenministerium arbeitet hier sehr eng mit dem Arbeitsministerium zusammen. Außerdem bringen Fachleute aus den ehemaligen Regionalstellen „Frau und Beruf“ ihr Know-how in den Aufbau der Angebote mit ein. So sollen sich Frauen und Männer über die zentrale Telefonhotline und ein Internetportal umfassend über den beruflichen Wiedereinstieg informieren und auf regionale Dienstleistungs- und Beratungsangebote sowie Netzwerke zurückgreifen können. 200.000 € sind hierfür auch im kommenden Jahr veranschlagt.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. 2008 sind hierfür wieder Mittel in Höhe von rund 11,7 Millionen € vorgesehen. Wir erhalten die vorbildliche Infrastruktur. Auf dem Niveau der beiden Vorjahre werden die 62 Frauenhäuser, die 55 allgemeinen Frauenberatungsstellen sowie 48 Frauennotrufe weiter gefördert.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, besonderes Augenmerk richten wir auf Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen. FDP und CDU wollen den Blick für die Verbesserung der beruflichen Möglichkeiten schärfen. Wir fördern zum Beispiel das Projekt „Neue Wege in den Beruf – Mentoring für junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte“ mit Landes- und EU-Mitteln in Höhe von 400.000 €. Dieses Projekt unterstützt bei der beruflichen Orientierung, die so wichtig ist.

Das Projekt „Erfolgreich arbeiten mit zwei Kulturen. Zuwanderinnen und ihre Unternehmen“ zur Erweiterung des Gründungspotenzials von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte wird im Jahre 2008 weiterentwickelt.

FDP und CDU treten aber auch sehr entschieden gegen Zwangsheirat und häusliche Gewalt ein. Das Handlungskonzept gegen Zwangsheirat und Verbrechen im Namen der Ehre liegt vor. Die ü-

beraus erfolgreiche Onlineberatung zum Schutz vor Zwangsheirat wird mit 170.000 € finanziert. In diesem Zusammenhang verweise ich ausdrücklich auf die Erhöhung des Ansatzes zur Stärkung der Schutz- und Zufluchtsmöglichkeiten für minderjährige Opfer von Zwangsheirat von 250.000 €, die den Fraktionen gelungen ist, auch wenn sich dieser Posten nicht explizit im Frauenhaushalt, sondern an anderer Stelle wiederfindet.

2008 wird es Fortbildungsmaßnahmen zum Thema „Häusliche Gewalt und Zuwanderinnen“ zur Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Fraueninfrastruktur geben. Außerdem werden die Vernetzungsprojekte in diesem Bereich mit rund 150.000 € fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, da bleibt nichts anderes, als um Ihre Zustimmung zum vorgelegten Haushaltsentwurf zu bitten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Nun hat Frau Steffens für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es erstaunlich, wie die beiden letzten Rednerinnen wieder in fünf Minuten versucht haben, den Frauenhaushalt im Landeshaushalt schönzureden. Das Verhältnis dieses Frauenhaushalts zum gesamten Etat zeigt, dass das Peanuts sind. Außerdem muss man sehen, dass Sie im letzten Jahr massive Kürzungen in diesem Bereich vorgenommen haben und trotz heftiger Kritik und trotz der Bilanz, welche verheerenden Auswirkungen die Kürzungen haben, keine einzige Kürzung zurückgenommen haben. Insofern finde ich es fatal, wie Sie hier etwas schönzureden versuchen, was das Gegenteil von schön ist. Es ist vielmehr der Abbau der Frauenpolitik in diesem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben hier eben so schön gepriesen, Minister Laschet, wie toll und wie riesig aufgestockt Ihr Kinder- und Jugendbereich ist. Es wäre schön, wenn der Frauenhaushalt auch nur um einen Bruchteil irgendeiner Zahl, die Sie hier in den Raum gestellt haben, vergrößert worden wäre. Das scheint allerdings nach wie vor ein Bereich zu sein, für den Ihnen die Möglichkeit des Einsatzes fehlt oder der sich im Kabinett nicht durchsetzen lässt.

Bei den Frauenhäusern ist die zweite Fachkraftstelle mit dem letzten Haushalt gestrichen worden. Wir haben die Auswirkungen im Ausschuss mehrfach diskutiert und angesprochen. Die Auswirkungen sind massiv. Sie können hier nicht sagen: Es gibt nicht einen einzigen Platz weniger. – Uns liegen die Zahlen der Beratungsstellen, der Frauenhäuser vor. Es gibt Einschränkungen im Angebot sowohl in der Quantität wie auch in der Qualität, und das bei einer steigenden Nachfrage und einem höheren Bedarf. Das ist eine Katastrophe.

Zur Zwangsheirat! Ich finde es immer ganz drollig, wie Sie sich seitens der CDU hier hinstellen und sagen, was Sie alles Tolles gemacht hätten. Das war eine Initiative, die wir hier gestartet haben. Das war eine Initiative, wo wir versucht haben, einen fraktionsübergreifenden gemeinsamen Antrag hinzubekommen. Dem hat sich die CDU-Fraktion versperrt, indem sie zwei wesentliche Forderungen von SPD und Grünen nicht mit in den Antrag aufgenommen hat. Die hat das Ministerium dann aber doch umgesetzt. Die CDU-Fraktion kann ja nicht in die Handlungen des Ministeriums eingreifen. Sonst wären wir an der Stelle noch weiter zurück, als wir es an der Stelle sowieso schon sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Thema Zwangsheirat möchte ich noch einen Punkt erwähnen: Sie bauen eine Beratungsstruktur als Onlineberatung auf, machen eine Postkartenaktion. Das alles ist lobenswert. Aber das Problem der Unterbringung der Mädchen haben Sie nicht gelöst. Sie haben es auch nicht mit dem gelöst, was Sie im Kinder- und Jugendplan über Kinder- und Jugendmaßnahmen zu machen versuchen. Denn wir brauchen für die Mädchen ein mädchenstpezifisches Angebot. Wir brauchen ein Angebot, das geschlechterdifferenziert ist; denn es darf keine gemischtgeschlechtliche Unterbringung geben. Und wir brauchen die Anknüpfung an die Mädchenhausstruktur, an deren Kompetenzen und Erfahrungen. Wir haben Ihnen dazu auch heute noch einmal einen Änderungsantrag vorgelegt. Sie können noch heute über Ihren Schatten springen und diesem Antrag zustimmen. Das wäre im Interesse der Opfer eine wirkliche Maßnahme, die notwendig ist, und nicht wieder nur irgendeine Pseudomaßnahme, die von Ihnen hier in den Raum gestellt wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben andere Änderungsanträge zum Haushalt gestellt: zur Aufstockung der Notrufstellen, der Frauenberatungsstellen und der spezialisierten Beratungsstellen, die wir in Nordrhein-

Westfalen haben. Die bekommen von Ihnen noch nicht einmal mehr das als Plus, was sie aufgrund der tariflichen Veränderungen zahlen müssen. Sie bekommen von Ihnen nicht oben drauf, was sie infolge der Mehrwertsteuererhöhung und Ähnlichem an Sachkosten zusätzlich aufzubringen haben. Das heißt, faktisch bauen Sie die Beratungsstruktur ab, denn Sie sind trotz steigender Kosten nicht bereit, diesen Beratungsstrukturen eine Kompensation dieser Mehrausgaben zur Verfügung zu stellen. Das ist eine Kürzung, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen.

Es gibt aber neben dem gesamten Bereich des Haushalts, den Sie explizit als Minister zu verantworten haben, eine Menge Bereiche in anderen Etats, die absolut betrachtet – das muss ich feststellen – einen Rückgang in der Frauenpolitik darstellen. Dies gilt beispielsweise für den gesamten Bereich der Frauengesundheit und der Sucht- und Drogenhilfe im Haus von Herrn Laumann, aber auch für den Bereich der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit Ziel-2-Mitteln im Haus von Frau Thoben.

Frau Thoben hat im Ziel-2-Begleitausschuss klar gesagt, dass sie den neuen Fachbereich Chancengleichheit, der festgeschrieben ist, nicht einrichten will. Da saß die Vertreterin Ihres Ministeriums als Gast und hat resigniert aufgeben müssen. Ich frage mich: Wo bleibt der Minister, der versucht, Frauenpolitik in diesem Land durchzusetzen?

In der Wirtschaftspolitik passiert es nicht, bei Laumann in der Arbeitsmarktpolitik passiert es nicht, in der Gesundheitspolitik passiert es nicht. Ich kann nur sagen: Schade, dass wir kein Frauenministerium und keinen Frauenminister in diesem Land haben, sondern nur einen Minister, der für Kinder, Jugend, Familie und Migration zuständig ist. Aber die Frauenpolitik bleibt dabei natürlich immer auf der Strecke.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Steffens. – Jetzt spricht der Minister für Frauenpolitik, Herr Armin Laschet. Bitte schön.

(Unruhe)

– Die Diskussionen sollten am Rande stattfinden.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Liebe Frau Thoben! Liebe Frau Steffens! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Barbara Steffens [GRÜNE] unterhält sich mit Ministerin Christa Thoben – Beifall von den GRÜNEN)

Knapp 9,25 Millionen Frauen leben in Nordrhein-Westfalen. Das ist mehr als die Hälfte der Menschen in unserem Land. Wir wollen, dass diese mehr als 50 % ihrer Möglichkeiten, nämlich 100 %, nutzen können. Solange das nicht erreicht ist, verbauen wir den Frauen weiterhin Wege, mindern ihre Chancen, aber verschenken auch als Land enorme Potenziale.

Nur ein Schlaglicht darauf, wie weit der Weg zu diesen 100 % noch ist: Nach einer EU-Studie vom März dieses Jahres verdienen Frauen in Deutschland im Schnitt 22 % weniger als ihre männlichen Kollegen und besetzen nur 13 % der Führungspositionen.

Das können wir uns nicht leisten. Das verstößt gegen das Gebot der Gleichstellung, und es verstößt auch gegen das Gebot, das uns der demografische Wandel auferlegt, nämlich die Potenziale aller Menschen in diesem Lande zu nutzen. Frauenpolitik ist also alles andere als Politik für Randgruppen oder eine Klientelpolitik. Frauenpolitik ist Politik für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Liebe Frau Steffens, wir versuchen, das in allen Ministerien querschnittsmäßig umzusetzen. Sie haben nicht über die Regionalstellen „Frau und Beruf“ gesprochen, dafür aber Frau Kollegin Kieninger. Genau diese sind ein Beispiel, wie es gelingen muss, Existenzgründungsberatung, Wiedereingliederungsprogrammen in den Beruf etc. in allen vor Ort arbeitenden Institutionen zu verankern.

Wenn Frau Kollegin Thoben das in die Industrie- und Handelskammern hineingetragen hat, wenn es jetzt in den Starter-Centern besondere Beratungsangebote gibt, dann ist das genau das, was wir uns vorgenommen haben.

(Beifall von der CDU)

Und weil es ein Schwerpunkt ist, ist das auch der Grund, warum wir in Zeiten weiterer nötiger Konsolidierungen die Haushaltsmittel in diesem Bereich nicht verringern. Mit einem Gesamtvolumen von 14,8 Millionen € erfährt der Etat zum zweiten Mal keine Kürzungen. Und das ist angesichts einer Verschuldung von 120 Milliarden € keine Selbstverständlichkeit.

Der Entwurf, über den wir hier sprechen, ist ein Haushalt der Kontinuität und Innovation. „Kontinuität“ deshalb, weil wir Bewährtes fortführen können. Da hat auch die alte Landesregierung Gutes geleistet. Das kann man an dieser Stelle

ruhig würdigen. „Innovation“ deshalb, weil das Bewährte mit neuen Ideen innovativ weiterentwickelt werden muss, um neue Akzente zu setzen.

Als einer der Schwerpunkte unserer Arbeit ist das bundesweit vorbildliche Frauenhilfenetz zu nennen, das mit 11,7 Millionen € auch im Jahre 2008 auf dem hohen Niveau der beiden Vorjahre weitergeführt werden kann. Wenn Sie fragen, liebe Frau Kieninger, mit wem wir uns vergleichen sollen, dann vergleichen wir uns doch einmal mit einem Land, in dem die SPD die absolute Mehrheit hat, nämlich mit unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz. Dort gibt es 17 Frauenhäuser. Sie werden mit jeweils 77.670 € gefördert. Wir haben 62 Frauenhäuser mit jeweils 87.604 € Förderung. Wir geben mehr als Rheinland-Pfalz für Frauenhäuser aus.

(Beifall von der CDU)

Vielleicht können Sie einmal Ihrem potenziellen Kanzlerkandidaten ausrichten, dass in Nordrhein-Westfalen Frauenpolitik ernster genommen wird

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

als in dem SPD-alleinregierten Rheinland-Pfalz.

(Beifall von der CDU)

Auch beim Thema Zwangsheirat nimmt die Landesregierung Geld in die Hand. Ich danke den Fraktionen, dass sie für den Bereich, auf den wir durch die Frage aufmerksam geworden sind, was wir für minderjährige Mädchen, die nicht durch die Fraueninfrastruktur aufgefangen werden, tun können, 250.000 € mehr einsetzen, die die Jugendämter genau so, wie Sie es beschrieben haben, Frau Steffens, sensibilisieren und Möglichkeiten schaffen sollen, dass auch Kinder- und Jugendhilfe überall im Land genau dieses Problem erkennen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Sie können das nicht von der Struktur her erkennen!)

– Sie müssen es aber letztlich erkennen, Frau Steffens, weil für Minderjährige die Kinder- und Jugendhilfe zuständig ist. Und die Kinder- und Jugendhilfe zu sensibilisieren, ist das mit diesen 250.000 € verfolgte Ziel.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Steffens?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Laschet, wissen Sie, wie viele Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit der geschlechterdifferenzierten Unterbringung haben? Wissen Sie das?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich weiß, dass es sehr wenige sind.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Wir haben keine!)

– Aber Frau Steffens, wir müssen doch dazu kommen, dass sich Kinder- und Jugendhilfe auf diese neue Aufgabe einstellt, gerade Mädchen, die von Zwangsverheiratung bedroht sind, Hilfe anzubieten. Das muss flächendeckend gelingen. Das, was die Koalitionsfraktionen hier beantragt haben, ist ein Einstieg genau in dieses Thema.

(Beifall von der FDP)

Wir sind immer noch unzufrieden mit der Frauenerwerbsquote in Nordrhein-Westfalen. Wir wissen, dass wir uns auch da in den hinteren Rängen der deutschen Bundesländer bewegen. Deshalb wollen wir auch hier Bewährtes mit Innovation verbinden.

Der Haushalt des nächsten Jahres hat drei Ziele: mehr Frauen für technische Berufe sowie für die Forschung zu gewinnen, den Anteil an Führungsfrauen und Unternehmerinnen zu erhöhen und den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu erleichtern.

Der Spruch „Mädchen sind schlau, aber Jungen machen Karriere“, wie ihn eine Studie Anfang September noch einmal unterstrichen hat, darf in Nordrhein-Westfalen nicht gelten. Deshalb gibt die nordrhein-westfälische Landesregierung in Sachen beruflicher Gleichstellung auch im Jahre 2008 mit insgesamt 2,2 Millionen € Geld, um diese Potenziale zu wecken.

Frau Pieper-von Heiden hat es bereits gesagt: Frauenpolitik steht auch heute unter neuen Herausforderungen: Auf die Frauen mit Zuwanderungsgeschichte, die ein Viertel der Frauen in unserem Land ausmachen, hat noch nie jemand in dem Maße den Blick gerichtet, wie wir das mit dem neuen Haushalt tun: Wir werden – zusammen mit EU-Mitteln – 400.000 € bereitstellen, um die sogenannte erste Schwelle bei der beruflichen

Orientierung zu überwinden und auch hier Chancen zu geben.

Sie sehen, wir führen Bewährtes fort, aber wir haben auch neue Ideen, die zu den großen gesellschaftspolitischen Aufgaben, zum demografischen Wandel und zur Integrationspolitik gehören. Das ist unser Verständnis von Frauenpolitik, einer Querschnittspolitik für alle Frauen in diesem Land – übrigens auch für Landfrauen, Frau Kieninger –, die gleichberechtigt an dieser Gesellschaft teilhaben sollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Ich sehe zum Teilbereich Frauen keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zum **Teilbereich „Integration und Eine-Welt“**.

Frau Tillmann von der SPD-Fraktion hat sich gemeldet. Bitte schön.

Angela Tillmann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Genug ist nie genug – dieser Satz scheint für den Fachbereich Integration nicht zu gelten. Für CDU und FDP scheint das Ende der Fahnenstange im Haushaltskapitel „Integration Zugewanderter“ erreicht. Die Haushaltsansätze von 2007 wurden für 2008 übernommen, und gut ist es. Selbst Änderungsanträge von uns, die keinen Cent mehr gekostet hätten als bereits im Haushalt veranschlagt, wurden abgelehnt.

Damit jeder weiß, wovon ich rede: Unser Vorschlag war, dass die nicht verausgabten Mittel bei den Kostenpauschalen gemäß § 9 Abs. 2 und § 10a Landesaufnahmegesetz in die Titelgruppe „Integrationsförderung Zugewanderter“ fließen können sollten. Das hätte zur Folge gehabt, dass die Integrationsmaßnahmen für schon länger hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund gegebenenfalls hätten ausgebaut werden können.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie waren noch nicht einmal bereit, ernsthaft über diese Möglichkeit nachzudenken. Anscheinend lautete der Marschbefehl: Egal, welche Vorschläge von der Opposition kommen, mögen sie noch so sinnvoll, kostenneutral und mit Deckungsvorschlägen hinterlegt sein, sie werden grundsätzlich abgelehnt. Dieser Eindruck ist zumindest bei mir entstanden. Solche Verhaltensweisen bescheinigen mangelnde Souveränität.

Viel schlimmer aber ist: Sie werden dem Anliegen nicht gerecht. Wir haben diesen Antrag nicht ge-

stellt, um mal mit einem Antrag mehrheitsfähig zu werden, sondern weil wir das Anliegen nach vorn bringen wollten. Bisher haben wir fraktionsübergreifend versucht, den größtmöglichen gemeinsamen Nenner im Bereich der Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen zu finden. Der „Aktionsplan Integration“ ist von allen Fraktionen hier im Hause mitgetragen worden.

Doch die besten Aktionspläne und ein noch so fortschrittlicher Integrationsminister – ich sage das an dieser Stelle ohne Häme und auch ohne, dass es ein vergiftetes Lob sein soll – nutzen nichts, wenn sich nicht in den Köpfen von Politikerinnen und Politikern auf Bundesebene, Landesebene, Kommunalebene und auch bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland etwas ändert.

Es nutzt nichts, wenn Sie von der positiven Vielfalt sprechen, die Migrantinnen und Migranten mitbringen, diese Vielfalt aber nicht fördern oder nur zum Teil, zum Beispiel durch die gezielte Förderung der Mehrsprachigkeit in den Sprachen der Herkunftsländer.

Es nutzt auch nichts, wenn auf der einen Seite Herr Minister Laschet von Deutschland als Einwanderungsland spricht, gleichzeitig aber auf dem CDU-Parteitag Deutschland als Integrationsland bezeichnet wird. Es nutzt nichts, wenn wir Deutschland als Einwanderungsland bezeichnen, gleichzeitig aber nicht daran arbeiten, auch tatsächlich eine Einwanderungsgesellschaft zu werden.

Es nutzt auch nichts, wenn Herr Ministerpräsident Rüttgers feststellt – was ich übrigens sehr positiv fand –, die Festlegung der Höhe von Moscheen ergebe keinen Sinn; die Muslime, die zu uns kämen, hätten ein Anrecht auf würdige Gotteshäuser. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite aber erhielt die Kanzlerin Applaus, als sie sagte: Wir müssen darauf achten, dass Moscheekuppeln nicht demonstrativ höher gebaut werden als Kirchtürme. Gleichzeitig stoppen CDU-Politikerinnen und -Politiker in Köln einen Moscheebau, dem sie erst einmal offen gegenübergestanden haben.

Es nutzt nichts, wenn Sie von der Bereicherung unserer Gesellschaft durch Migrantinnen und Migranten sprechen, gleichzeitig aber das Wahlrecht an die deutsche Staatsbürgerschaft koppeln und bereits beim kommunalen Wahlrecht für nicht EU-Bürgerinnen und -Bürger Bedenken haben, weil Gefahren drohen könnten.

Parteien und Fraktionen können durchaus unterschiedlicher Auffassung sein. Sie dürfen aber nicht in sich widersprüchlich sein, denn dies verunsichert Menschen. Da haben Sie, meine Da-

men und Herren von der CDU, noch enormen Klärungsbedarf. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Tillmann. – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Solf das Wort.

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Tillmann, ich habe leider nur fünf Minuten und muss für den Haushalt reden. Auf alles andere, was Sie gesagt haben, komme ich gerne bei anderer Gelegenheit zurück; denn in manch einem Punkt stimme ich Ihnen durchaus zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Politikfeld der Integration entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Deshalb hat die Koalition der Erneuerung den Anspruch, Integrationspolitik lebendig und zukunftsfest zu gestalten. Dies zeigt sich nicht nur durch den bereits im Juni des letzten Jahres auf den Weg gebrachten Aktionsplan, es spiegelt sich auch im vorliegenden Haushaltsentwurf des Einzelplans 15 wider. Ich zeige Ihnen einige wesentliche Aspekte auf:

Erstens. Auch 2005 unterstützen wir mit dem schon während Ihrer Regierungszeit begonnenen Programm „KOMM-IN NRW“ Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes und der Verbesserung ihrer kommunalen Integrationsbemühungen mit erneut 3,3 Millionen €.

Zweitens. Genau wie 2007 stellen wir auch in den Haushalt 2008 erneut 2,2 Millionen € zur Unterstützung der wegweisenden regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien ein. Wir wollen diese regionalen Arbeitsstellen zu einem landesweiten Netzwerk „Integration durch Bildung“ weiterentwickeln und so eine Flächenwirkung für ganz NRW erzielen.

Drittens. Mit den erneut fast 7 Millionen € für die Arbeit der Integrationsagenturen gewährleisten wir eine qualitativ hochwertige, nachholende und weiterführende Integration der bereits länger hier lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Darüber hinaus haben die Koalitionsfraktionen im Zuge der Haushaltsberatungen entschieden, noch einmal einen besonderen Akzent im Bereich der Förderung der Integration Zugewanderter zu setzen. Mit der zusätzlichen Erhöhung der entsprechenden Titelgruppe 68 des Kapitels 15 060 um

weitere 200.000 € wollen wir zwei Dinge erreichen:

Zum Ersten wird die strukturelle Öffnung der Betriebskostenförderung für Migrantenselbstorganisationen ermöglicht. Wir wollen so deren Arbeit nachhaltig verbessern. Durch die Erhöhung können über das bestehende Förderspektrum hinaus innovative und wegweisende Integrationsprojekte mit Modellcharakter finanziert werden. Denkbar sind in diesem Kontext beispielsweise Maßnahmen zur Verbesserung der Emanzipation muslimischer Frauen und Mädchen, Maßnahmen zur Verbesserung der Altersheimversorgung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Maßnahmen zur Gewaltprävention und integrationsfördernde Sportprojekte.

Zum Zweiten soll mit den zusätzlichen Mitteln der Dialog mit den Muslimen in unserem Land verstärkt werden. Wir wollen das Entstehen einer repräsentativen Vertretung der Muslime in unserem Land positiv begleiten. Die zusätzlichen Mittel sollen für den Aufbau einer Beratungs- und Servicestelle zur Unterstützung der Organisationsentwicklung der in NRW lebenden Menschen muslimischen Glaubens zur Verfügung gestellt werden.

Ich fasse zusammen: Auch im Bereich der Integrationspolitik setzen wir die richtigen Schwerpunkte.

Gleiches gilt für die Entwicklungspolitik. Nordrhein-Westfalen kann mit Fug und Recht als das Nord-Süd-Land der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet werden. Mit der Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens mit Ghana im November dieses Jahres haben wir diesen Anspruch untermauert. Ich danke in diesem Kontext ganz besonders dem Kollegen Chris Bollenbach.

Auch der Haushaltsentwurf 2008 zeugt von unserem Gestaltungswillen. So stellen wir erneut 800.000 € für das rundum erneuerte Koordinatorenprogramm zur Verfügung. Damit ist erstmals die landesweite Vermittlung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit sichergestellt.

Im Haushaltsentwurf 2008 stehen erneut Mittel für Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit, und erneut sind 100.000 € zur Stärkung des deutschlandweit einzigen Standortes der Vereinten Nationen in Bonn eingestellt. Die Anfang November dieses Jahres erstmalig ausgerichtete Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik zeigt, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Unter dem Strich: Auch im Bereich der Integrations- und Entwicklungspolitik beraten wir eine soli-

de und seriös gerechnete Vorlage. Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Solf. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Abgeordneter Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Es ist der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen trotz der notwendigen und immer noch nicht abgeschlossenen Haushaltskonsolidierung gelungen, den Ansatz für das Politikfeld Integration und Entwicklungszusammenarbeit zu überrollen. Dieser Haushaltsentwurf sowie die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zeigen, dass wir unsere ehrgeizigen Ziele, die wir in diesem Politikfeld formuliert haben, im Haushalt konsequent abbilden. Ich möchte das an vier Punkten unterstreichen:

Erstens. Wir verstärken die Mittel dort, wo die Basis für Teilhabegerechtigkeit gelegt wird. Das ist – wir haben eben im Teilbereich „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“ darüber sprechen können – der Bereich der Sprachförderung. Hier stehen unterdessen viermal so viel Mittel für die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus Zuwanderungsfamilien zur Verfügung, als das zu rot-grüner Verantwortungszeit der Fall gewesen ist.

Zweitens. Wir gehen notwendige Strukturveränderungen an, selbst wenn das mitunter schmerzlich ist und auf den Widerstand organisierter Einzelinteressen stößt. Beispielsweise sind die Zuwandererzahlen seit Jahren rückläufig. Gleichwohl hat die rot-grüne Vorgängerkoalition nicht reagiert und die Landesstelle Unna-Massen als eine Art Sparschwein weiter finanziert. Wir gehen mit Veränderungen eine haushaltspolitisch erforderliche Richtungsänderung an. Erst jetzt, bei Beratung dieses Haushalts, kommen Sozialdemokraten auf die Idee, die Gelder für die Landesstelle Unna-Massen zugunsten der sogenannten nachholenden Integration umzuwidmen. Das allerdings haben wir bereits mit Beginn der Regierungsübernahme in Nordrhein-Westfalen eingeleitet. Da kommen Sie sehr spät. Hier rollt der Zug schon. Sie dürfen gerne aufspringen, aber er rollt schon.

Drittens. Wir machen aus Betroffenen Beteiligte. Unter Schwarz-Gelb ist es gelungen, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einzurichten, die die islamischen Vertreter auf dem Weg begleitet, eine repräsentative Vertretung der Muslime in unserem Land zu etablieren. Neben der ideellen Hilfe sol-

len 50.000 € bereitgestellt werden, um den organisatorischen Aufbau dieser Repräsentanz zu unterstützen. Ich freue mich ausdrücklich – das muss man trotz aller Gegnerschaft im Landtag sagen dürfen –, dass die Grünen diesem Vorschlag im Haushalts- und Finanzausschuss zugestimmt haben. Leider hat es die Sozialdemokratie nicht vermocht, über ihren Schatten zu springen. Das ist sehr bedauerlich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Im Haushaltsausschuss haben auch Ihre Leute dagegen gestimmt!)

Denn ein gemeinsames Signal aller vier Fraktionen an die muslimischen Verbände hätte als Zeichen dafür gewertet werden können, dass wir trotz unterschiedlicher Überzeugungen bereit sind, dasselbe zu tun, was wir von den Muslimen erwarten, nämlich sich im Sinne der Sache auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu verständigen. Noch ist nicht aller Tage Abend. Der Haushalt ist noch nicht endgültig verabschiedet. Vielleicht will die Sozialdemokratie ihre Position in diesem Feld noch einmal überdenken. Der Sache würde es jedenfalls dienen.

Überdies wollen wir nicht nur die muslimischen, sondern auch die Migrantenselbstorganisationen insgesamt stärken, ihre Position als Partner des Staates verbessern und zum Beispiel das in Elternvereinen und -verbänden zum Ausdruck kommende bürgerschaftliche Engagement wertschätzen. Das ist Teil des Aktionsplanes Integration, der ja zu Recht bundesweit gelobt wird. Dies spiegelt sich im Haushalt durch eine nochmalige Mittelserhöhung um 200.000 € wider.

Viertens. Wir integrieren die auf spezifische Bedürfnisse von Migranten zugeschnittenen Angebote im Regelsystem. Wir wollen keine parallelen Strukturen für Einheimische und Zugewanderte, sondern die bewährten Strukturen mit ihrer Fachlichkeit so ausrichten, dass sie sich an alle in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen wenden können. Deshalb werden etwa die Migrationsfachdienste zu Integrationsagenturen weiterentwickelt. Deshalb öffnen sich Familienzentren auch für die Belange von Familien mit Zuwanderungsgeschichte.

Den Vorschlag der Grünen, eine weitere RAA in Paderborn zu schaffen und damit die Trennung zwischen den Anlaufstellen für Zuwanderer und denen für Einheimische erneut zu betonen und zu verstärken, halten wir vor diesem Hintergrund für kontraproduktiv.

Fünftens: das Politikfeld internationale Zusammenarbeit oder, wie es früher genannt worden ist,

Eine-Welt-Politik. Ich kann mich noch an den Aufschrei der Opposition erinnern, als wir das sogenannte Promotoren-Programm im Jahr 2005 neu ausgerichtet haben. Heute zeigt sich, dass die strategischen Entscheidungen richtig waren und dass die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit bei den regionalen Koordinatoren ausgezeichnet aufgehoben ist. Sozialdemokraten und Grüne sehen das unterdessen offenbar genauso; denn sie haben in diesem Bereich ja keinen Änderungsbedarf angemeldet.

Die internationale Zusammenarbeit ist in ihrer Weiterentwicklung allerdings nicht nur auf die Koordinatoren beschränkt. Ich will abschließend darauf hinweisen, dass Nordrhein-Westfalen endlich eine Landespartnerschaft mit einem Schwellenland bzw. Entwicklungsland, nämlich mit Ghana, eingegangen ist.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Ich glaube, die Zusammenarbeit von Nordrhein-Westfalen und Ghana ist vorbildlich und bietet unendlich viele Potenziale, zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen der Landesregierung zu vernetzen und durch die kritische Masse auch eine zusätzliche Wirkung zu entfalten.

Deshalb handelt es sich um einen guten Haushalt, auch auf dem Feld Integration und Entwicklungszusammenarbeit. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Migrations- und Integrationspolitik ist eine Thematik, bei der ich Herrn Minister Laschet zunächst einmal Lob zollen will.

(Demonstrativer Beifall von Michael Solf [CDU] – Manfred Kuhmichel [CDU]: Oh!)

– Ja, wir verstehen durchaus zu differenzieren, lieber Kollege Solf. In der Tat setzt der Minister in diesem Bereich wichtige politische Signale in die Gesellschaft hinein. Er hat das Potenzial von Migrantinnen und Migranten und die herausragende Bedeutung einer gelingenden Integration für die Zukunft unserer Gesellschaft erkannt. Es wird Sie bei diesem Lob nicht verwundern: Seine Positionen sind zum allergrößten Teil mit denen der grünen Landtagsfraktion identisch.

Herr Minister Laschet, ich möchte auch noch einmal ganz ausdrücklich Ihr Engagement loben, das Sie in meiner Heimatstadt Köln bei der sehr schwierigen Diskussion um den Bau der Kölner Moschee geleistet haben. Da haben Sie in der CDU-Stadtratsfraktion ja in keiner leichten Diskussion gestanden. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie sich dort eingemischt haben.

Wir würden uns allerdings wünschen, dass diese richtige Richtung Ihrer Politik im Landeshaushalt – und zwar genau hier im Kapitel Integration Zuzugwanderter – auch mehr Niederschlag fände.

Durch den Rückgang der Neuzuwanderung aus Osteuropa hat dieser Abschnitt des Haushaltes über die Jahre gesehen prozentual wahrscheinlich den größten Konsolidierungsbeitrag für den Landeshaushalt geleistet. Vor zehn Jahren standen 75 Millionen € für Leistungen nach dem Landesaufnahmegesetz zur Verfügung. Ihre Amtsvorgängerin hat 2005 noch 10 Millionen € für freiwillige Leistungen im Kabinett durchsetzen können. Heute stehen gerade einmal 4 Millionen € in diesem Haushalt.

Ein Teil dieses Betrages wurde als eine Ihrer ersten Amtshandlungen gekürzt. Heute bezahlen Sie aus dem verbleibenden Rest die Integrationsagenturen und das Programm KOMM-IN NRW. Sie sind sicher genauso froh wie wir über diese wichtigen Maßnahmen. Dennoch: Auf einen solchen Coup, wie ihn damals Birgit Fischer vollbracht hat, warten wir bei Herrn Laschet noch. Er ist zur Umsetzung des Aktionsplans Integration zwingend notwendig. Dazu sind allerdings natürlich auch die Fraktionen gefordert.

Zwei Anmerkungen an die Fraktionen: Herr Solf, es ist schon erstaunlich, welche Parallelen unsere Haushaltsanträge aufweisen. Für die Integrationsförderung haben wir einen Haushaltsantrag in identischer Höhe, nämlich von 200.000 € gestellt. Auch bei der Zweckbestimmung der Mittel gibt es eine Parallele. Mit einem Betrag von 50.000 € wollen Sie den Dialog mit Muslimen unterstützen. Genau diesen Antrag haben wir beim letzten Haushalt gestellt – allerdings in Bezug auf Mittel für die Staatskanzlei.

Diese Haushaltsposition möchte ich an dieser Stelle noch einmal besonders hervorheben. Nordrhein-Westfalen ist wieder einmal das erste Bundesland, das für den Dialog mit Muslimen einen Betrag zur Verfügung stellt. Das bestätigt die Vorreiterrolle, die wir in diesem Feld schon immer hatten und hoffentlich auch weiter behalten werden. Deswegen hat Minister Laschet auch recht, wenn er bei der Debatte um das Grundsatzpro-

gramm der CDU sagt, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen schon sehr viel weiter sind.

Herr Solf und Herr Lindner, unser beinahe identischer Antrag wurde von Ihnen aber mit der Begründung abgelehnt, wir hätten keinen Deckungsvorschlag im Einzelplan 15 erbracht. Einen solchen Deckungsvorschlag haben Sie natürlich auch nicht erbracht. Ich vermisse ihn auch nicht; denn ich will mir nicht ausmalen, was Sie vielleicht gekürzt hätten, um Ihre – grundsätzlich sinnvollen – Haushaltsanträge zu refinanzieren. Vielleicht können wir uns allerdings darauf einigen, dass man sich zukünftig nicht für ein Verhalten kritisiert, das man anschließend selber praktiziert.

Sehr viel dunkler sieht es in der Eine-Welt-Politik aus – trotz all der schönen Worte über neue Projekte und Partnerschaften wie der Partnerschaft mit Ghana. Herr Lindner, im Übrigen muss ich Sie darüber aufklären, dass es sich dabei nicht um die erste Partnerschaft von Nordrhein-Westfalen handelt. Wir haben bereits eine Partnerschaft mit der südafrikanischen Provinz Mpumalanga.

(Christian Lindner [FDP]: Das weiß ich! Aber Sie können das doch nicht mit dem vergleichen, was jetzt mit Ghana passiert!)

Bei all diesen schönen Projekten – auch den Beiträgen Nordrhein-Westfalens zur Erreichung der Millenniumsziele – haben der Minister und die CDU-Fraktion das Wort. Wenn es aber um den Haushalt geht, wenn es um das Eingemachte geht, wenn es um Ressourcen geht, hat plötzlich die FDP die Hosen an. Ich erkenne auch hier durchaus Ihr Engagement, Herr Minister. Und Herr Bollenbach, Sie setzen einige gute Impulse. Fürs Trockenschwimmen gibt es aber höchstens gute Haltungsnoten; vorwärts geht es damit nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, Sie kommen zum Schluss?

Andrea Asch (GRÜNE): Leiden müssen unter Ihrer Politik die 3.000 Eine-Welt-Gruppen in Nordrhein-Westfalen, die glücklicherweise ihre wertvolle Arbeit für den fairen Handel, in der Armutsbekämpfung und für Bildung und Ausbildung weiterführen.

Ich komme zum Schluss und möchte Ihnen sagen: Es reicht nicht, es ganz toll zu finden, mit den internationalen Playern auf der internationalen Bühne mitzumischen. Machen Sie hier Ihre Hausaufgaben für die Eine-Welt-Politik! Das sind auf Landesebene die entwicklungspolitischen Bil-

dungsaufgaben. Dafür haben Sie das Geld nach wie vor gestrichen. Hier müssen Sie wieder die notwendigen Mittel einsetzen, um diese Arbeit zu stärken und weiterzuführen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns zu Beginn der Legislaturperiode nicht weniger vorgenommen, als in Sachen Integration das Land der neuen Zukunftschancen zu werden, und konnten an die Integrationsoffensive anknüpfen, die es in diesem Landtag seit 2001 gab. Ich bin froh, dass dieser Konsens auch nach dem Regierungswechsel über Parteigrenzen hinweg gehalten hat.

Wir haben den Aktionsplan Integration im Jahre 2006 vorgelegt, der auch die Debatte über den Nationalen Integrationsplan mit beeinflusst hat. Zu dem, was beim Nationalen Integrationsplan beschlossen wird, fordern wir allerdings: Das muss konkret messbar sein. Es hilft nichts, den dritten, vierten und fünften Gipfel der Symbolpolitik zu machen. Wir wollen, dass gemessen wird: Schaffen wir es, dass mehr Kinder aus Zuwandererfamilien auf den Gymnasien sind, ja oder nein?

Unser Schulgesetz macht die Schulformen durchlässiger,

(Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Macht es eben nicht!)

und das ist ein Ansatz, genau dieses Ziel zu erreichen. Wir wollen, dass weniger Migrantenkinder ohne Hauptschulabschluss abgehen.

(Sören Link [SPD]: Das ist völliger Blödsinn!)

Wir wollen die Jugendarbeitslosigkeit senken. Dazu hat Kollege Laumann viele Initiativen auf den Weg gebracht. Wir haben es zur Querschnittsaufgabe in der gesamten Landesregierung gemacht.

Ich füge hinzu: Wir wollen auch die Deutschkenntnisse verbessern, wobei Deutschkenntnisse nicht alles sind. Wir sehen in Frankreich, dass die Kinder oder die Jugendlichen alle französisch sprechen, alle französische Staatsbürger sind und trotzdem in der Gesellschaft keine Perspektive haben. Deshalb ist das eine Frage von Perspektiven. Ich kenne Eltern, die ich sehr schätze und die gesagt haben: Wir sprechen zu Hause auch die Muttersprache, damit das Kind beide Spra-

chen spricht. – Es ist besser, dass Eltern mit schlechten Deutschkenntnissen die Muttersprache pflegen und Kinder eine doppelte Kompetenz haben. Auch das setzt unsere Schulministerin in ihrer Schulpolitik um.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Link?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Link.

Sören Link (SPD): Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, Sie möchten durch das neue Schulgesetz das Schulsystem in NRW durchlässiger machen. Ich nehme Ihnen persönlich ab, dass Sie das wirklich wollen. Das, was Sie gesetzlich auf den Weg gebracht haben, führt aber faktisch dazu, dass Kinder, die auf einer Hauptschule sind, ab Klasse 6 nicht mehr nach oben – sprich: von der Hauptschule aufs Gymnasium – wechseln können. Das haben Sie gesetzlich so geregelt. Stimmen Sie mir zu, dass diese Regelung gerade nicht für mehr Durchlässigkeit sorgt?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Nein, ich stimme Ihnen ausdrücklich nicht zu. Im Schulgesetz ist verankert, dass in jedem Jahr geschaut werden soll: Kann das Kind auf eine andere Schulform gehen?

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Wir haben gerade im Interesse der Kinder aus Zuwandererfamilien Ganztags Hauptschulen geschaffen. Das haben Sie jahrelang vernachlässigt, weil Sie nur in die Gesamtschule investiert haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben den Kindern die Chancen, die wir ihnen jetzt eröffnen, nicht gegeben. 150 Ganztags Hauptschulen sind 150 Chancen mehr für Kinder aus Zuwandererfamilien.

(Beifall von der CDU)

Ich lade Sie mal ein – die Grünen waren schon da –: Gehen Sie in die Hauptschule Aretzstraße in Aachen! Dort ist ein Grüner Schulleiter, der Ihnen mal erklären kann, wie bedeutsam Hauptschulen sind, um Migrantenkindern neue Bildungschancen zu geben.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Löhrmann?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Minister, können Sie die Struktur der Sekundarstufe I in den Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen und am Gymnasium erklären und dann erläutern, wie das nach der Klasse 6 von der Hauptschule her aufsteigend gelingen kann?

(Beifall von der SPD)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Wir sind in keiner schulpolitischen Debatte.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Fangen Sie nicht damit an, wenn Sie nicht antworten können! – Unruhe – Glocke)

– Wollen Sie es hören oder nicht? – Ich kann Ihnen nur erklären, dass das Ergebnis Ihrer Schulpolitik war, dass 4 % der Migrantenkinder auf den Gymnasien waren. Das Ziel des neuen Schulgesetzes, das die Kollegin Sommer gemacht hat, war mehr Durchlässigkeit. Sie werden sehen, in zwei Jahren oder drei Jahren haben wir bessere Quoten, und dann können wir die Debatte hier neu führen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister Laschet, gestatten Sie noch zwei Zwischenfragen der Abgeordneten Hendricks und Schäfer?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Nein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie gestatten diese Zwischenfragen nicht. Das ist damit abgelehnt, und Sie fahren in Ihrer Rede fort. Bitte, Herr Minister.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich möchte zu einem zweiten wichtigen Bereich kommen. Denn das ist angesprochen worden und wird sicher im Jahr 2008 ein neuer Schwerpunkt sein. Wir haben die internationale Zusammenarbeit auf ein neues Fundament gestellt. Alle, die gesagt haben, diese

Koalition hat keinen Blick für internationale Fragen, sind durch das, was wir in Gang gesetzt haben, Lügen gestraft worden. Wir setzen nicht nur auf die 3.000 Eine-Welt-Gruppen, Frau Asch, sondern wir haben bewusst gesagt: Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit vielen Außenwirtschaftsbeziehungen. Wir sind ein internationales Land. Wir sind der einzige Standort der Vereinten Nationen in Deutschland. Wir haben in Bonn alle Nord-Süd-Institutionen, und wir wollen, dass das die Menschen auch außerhalb von Bonn merken.

Die Grünen haben immer so getan, als wenn sie viel zur Entwicklungspolitik beitragen würden.

(Unruhe – Glocke)

Frau Asch, wir haben die entwicklungspolitischen Leitlinien von 1993 abgelöst. Das war noch eine Zeit, zu der die Grünen noch nicht in der Regierung waren. Sie haben es zehn Jahre nicht vermocht, ihre Entwicklungspolitik auf ein neues Fundament zu stellen. Wir haben das getan. Wir sind damit auch in diesem Feld in Deutschland Zielgeber, um mehr zur Internationalität, zum Klimaschutz und zu vielen anderen Fragen beizutragen. Wir setzen übrigens auch einen Akzent bei der Verbindung von Migration und Entwicklung. Potenziale von Menschen zu sehen, die hier leben, ist ein ganz wichtiger Akzent dieser Politik.

Wenn Sie mögen, möchte ich Ihnen eine letzte Erfolgsmeldung mit auf den Weg geben. Als wir im letzten Jahr hier saßen, haben Sie die Totenglocken für die Stiftung Umwelt und Entwicklung geläutet.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Sie haben gesagt, diese Regierung setze hierbei keine Schwerpunkte mehr. Es ist gelungen, dieser Stiftung eine neue und solide Finanzierungsgrundlage zu schaffen.

(Beifall von der CDU)

Künftig wird sie einen festen Anteil an der Konzessionsabgabe aus mehreren Lotterien haben. Für 2008 ist mit 2,5 Millionen € zu rechnen. Aber mit diesem Geld werden keine Fantasieprojekte mehr gefördert. Hiermit wird keine grüne Klientel mehr bedient, wie es in der Vergangenheit der Fall war, sondern hiermit wird ernsthaft an Umwelt und Entwicklung gearbeitet.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von den GRÜNEN)

Auch bei diesem Thema können wir sagen: Versprochen – Wort gehalten! Auch mit diesem Feld

haben wir mit Nordrhein-Westfalen ein Land der neuen Chancen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Beratung zum Einzelplan 15.

Wir kommen nun zu zwei Abstimmungskomplexen. Wir müssen zunächst noch über die Änderungsanträge abstimmen, die wir in der Mittagspause nicht verabschieden konnten bzw. nicht verabschieden wollten.

Zunächst kommen wir zur **Abstimmung** über die Änderungsanträge zum **Einzelplan 15** mit den Nummern 14 bis 29 gemäß der Übersicht, die Ihnen vorliegt.

Ich komme zum **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 14 **Drucksache 14/5683**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 15 **Drucksache 14/5684**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion mit der laufenden Nummer 16 **Drucksache 14/5640**, der im Wortlaut identisch ist mit dem **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 17 **Drucksache 14/5685**. Ich lasse über beide Anträge gemeinsam abstimmen. Wer ist für die Annahme dieser Anträge? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit sind beide Anträge mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 18: **Änderungsantrag** der SPD mit der **Drucksache 14/5641** und ein **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/5686**. Wer ist für die Annahme dieser Anträge? – Grüne, SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer ent-

hält sich? – Niemand. Damit sind diese Anträge mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD mit der laufenden Nummer 19 **Drucksache 14/5642**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Grünen. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD mit der laufenden Nummer 20 **Drucksache 14/5643**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Grünen. Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der Grünen mit der laufenden Nummer 21 **Drucksache 14/5687**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der Grünen mit der laufenden Nummer 22 **Drucksache 14/5688**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD mit der laufenden Nummer 23 **Drucksache 14/5644**. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD mit der laufenden Nummer 24 **Drucksache 14/5645**. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Grünen. Damit ist auch dieser Antrag mit den Mehrheitsstimmen **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD mit der laufenden Nummer 25 **Drucksache 14/5646**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bei zwei Enthaltungen aus der Fraktion der Grünen ...

(Zurufe von der FDP)

– Wir haben es so gesehen, wie ich gesagt habe. Was die grüne Fraktion angeht, gab es Zustimmung bei zwei Enthaltungen.

(Ralf Witzel [FDP]: Ein Teil der Grünen! – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Herr Lindner, haben Sie ein Problem, auf das Sie hinweisen möchten?

(Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Er hat mehrere Probleme!)

Herr Kollege Witzel, vielen Dank für Ihren Hinweis. Wir haben hier oben einhellig festgestellt, was ich gerade ausgesprochen habe. Damit ist der Antrag übrigens mit den Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD mit der laufenden Nummer 26 **Drucksache 14/5647**. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD, die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser Antrag mit den Mehrheitsstimmen **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD mit der laufenden Nummer 27 **Drucksache 14/5648**. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD, die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD mit der laufenden Nummer 28 **Drucksache 14/5649**. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU- und FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum letzten **Änderungsantrag** zum Einzelplan 15 der SPD-Fraktion mit der laufenden Nummer 29 **Drucksache 14/5650**. Wer ist für den Änderungsantrag? – Die SPD und Herr Kollege Sagel. – Wer ist dagegen? – CDU und FDP. – Wer enthält sich? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über den **Einzelplan 15** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5515**. Wer ist für die Annahme dieser Beschlussempfehlung? – CDU und FDP. – Wer ist dagegen? SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Kollege Sagel. – Wer enthält sich? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit sind die Beschlussempfehlung und der Einzelplan 15 in zweiter Lesung **angenommen**.